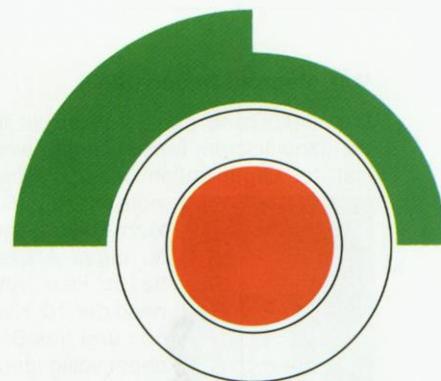


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 1



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 33. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 29.1.2002

Studie: „Metrorapid ist machbar“

Finanz-Zusage vom Bund erwartet

In einer von der FDP beantragten Aktuellen Stunde debattierte der Landtag über den Metrorapid, nachdem die Machbarkeitsstudie für Magnetschwebebahn-Strecken in Bayern und Nordrhein-Westfalen der Bundesregierung am 21. Januar vorgelegt worden war (s. auch Seite 14). Ministerpräsident Wolfgang Clement sagte, der Metrorapid sei verkehrspolitisch vernünftig, wirtschaftlich machbar und der volkswirtschaftliche Nutzen höher als erwartet.

FDP-Sprecher Christof Rasche forderte die Entscheidung über die Mitfinanzierung des Bundes bis zum 19. Februar. Als Vorteile laut Studie zählte er höhere Geschwindigkeit und Taktzahl, weniger Lärm und Energieverbrauch sowie weniger Folgekosten auf. Wenn Berlin zwei Strecken fördern wolle, müsse die Bundessumme auf 2,8 Milliarden Euro aufgestockt werden. Die von den Gutachtern ermittelte Fahrgastzahl von 35

Millionen pro Jahr und die Einsparung von 30 bis 40 Prozent der PKW-Fahrten hielt Gerd Wirth (SPD) für erfreulich. Der Metrorapid sei eine Chance und könne die Verkehrswende in NRW einläuten, sagte der Vorsitzende des Unterausschusses Metrorapid.

Neun noch offene Fragen zu einer seriösen und verantwortbaren Bewertung formulierte CDU-Sprecher Gerhard Wächter. Am wichtigsten sei das Finanzierungsproblem. Unklar sei auch, ob der Metrorapid in den bestehenden Nahverkehr integriert werde. Die CDU wolle nach Erhalt der gesamten Studie die Gutachter und weitere Experten befragen. Die von den GRÜNEN gestellten klaren Bedingungen seien großteils erfüllt, darunter ein radikales Kostensenkungsprogramm sagte Peter Eichenseher (GRÜNE). Aus dem Projekt dürfe kein Fass ohne Boden werden und der Metrorapid nicht zu Lasten der anderen Regionen gehen. Außer der Finanzzusage des Bundes sei das Anwachsen der Regionalisierungsmittel nötig. Verkehrsminister Ernst Schwanhold äußerte sich positiv überrascht vom Ergebnis der gründlichen Prüfung und ein wenig enttäuscht von skeptischen Fragen. Für die NRW-Strecke gebe es laut Studie sogar Spielräume bei der Kalkulation.

Die Woche im Landtag

Kinderrechte Seite 3

Der Landtag hat die Verfassung ergänzt: „Jedes Kind hat ein Recht auf Achtung seiner Würde und auf besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft“ lautet jetzt der erste Absatz des geänderten Artikels 6.

Europa Seite 5

Der europakritisch gefärbten Regierungserklärung des Ministerpräsidenten schloss sich eine Grundsatzdebatte an.

Regenwald Seite 7

Wegen möglicher Umweltschäden ist die geplante und von der WestLB mitfinanzierte Ölpipeline durch den ecuadorianischen Regenwald umstritten. Der Eine-Welt-Ausschuss versuchte eine Klärung.

Bürgschaft Seite 10

Für die Unterstützung bei der Beratung der LTU-Rettungsbürgschaft hat sich Finanzminister Steinbrück beim Haushaltsausschuss bedankt.

Fernsehen Seite 11

Gemeinsam mit ARD und ZDF wendet sich der Privatsender RTL gegen zuviel Medienmacht ausländischer Konzerne im deutschen Kabelnetz.

Wort und Widerwort Sind Profilklassen ein geeignetes Instrument zur Verkürzung der Schulzeit?

Nicht erst seit Bekanntwerden der PISA-Studie gibt es landes- und bundesweit eine lebhaftere Debatte darüber, ob der Königsweg zum Abitur 13 Jahre dauern muss, oder ob er nicht im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Schülerinnen und Schüler um ein Jahr verkürzt werden kann. Während CDU und FDP im Landtag dafür sind, überall und sofort die zwölfjährige Schullaufbahn einzuführen, sind die Koalitionsfraktionen der Meinung, in dieser Angelegenheit weniger generell vorzugehen und mehr auf individuelle Lösungen zu setzen.



Von Manfred Degen (SPD)

Die Verkürzung der Schulzeit ist in der oberflächlichen bildungspolitischen Diskussion zu einem Synonym für die Qualität der Organisation unseres Bildungswesens hochgeredet worden. Natürlich ist dabei nur der Weg zum Abitur gemeint. Dass rund zwei Drittel eines Altersjahrgangs bei uns überhaupt kein Abitur anstreben, sondern nach der 10. Klasse in die Ausbildung gehen und das Berufskolleg besuchen, wird dabei völlig ignoriert.



Die Möglichkeiten, in Nordrhein-Westfalen durch individuelles Überspringen einer Klasse oder durch spezielle Lerngruppen oder auch durch Profilklassen den Weg zum Abitur auf 12 Jahre zu verkürzen, sind ein Angebot an Gymnasien und Gesamtschulen, besonders leistungsstarke Schülerinnen und Schüler auch besonders zu fördern. Eine generelle Verkürzung auf 12 Jahre ist kontraproduktiv.

Viel gravierender ist die Tatsache, dass in Deutschland Schüler sitzen bleiben und ein ganzes Schuljahr verlieren, wenn sie in einem Teilbereich versagen. Das benachteiligt uns im Vergleich mit anderen Ländern und kostet NRW alleine rund 3 000 Lehrerstellen.

Wir brauchen zudem im 10. Schuljahr in allen Schulformen – auch in den Gymnasien – eine intensive Schullaufbahnberatung im Hinblick auf die Wahl der Sekundarstufe II. Heute machen fast 25 Prozent aller Abiturienten nach ihrem Abitur eine berufliche Ausbildung. Beides könnte im Berufskolleg in Form einer Doppelqualifikation wesentlich ökonomischer erreicht werden.

Von Ralf Witzel (FDP)

Ein Abitur nach zwölf Jahren findet in NRW faktisch nicht statt. Gerade einmal fünf der über 600 Gymnasien bieten eine Profilklassen zur Schulzeitverkürzung an. Damit ist das rot-grüne Alibivorhaben erwartungsgemäß klar gescheitert und hat die Landesregierung ihr Versprechen einer flächendeckenden Schulzeitverkürzung gebrochen. Zu groß ist der organisatorische Aufwand für die ohnehin an Personalressourcen notleidenden Schulen, parallel eine G8-Ausnahme neben dem G9-Regelmodell anzubieten. Auch die Spaltung der Schülerschaft in schnelle und langsame Abiturienten an einer Schule findet keine Akzeptanz.



Im Ergebnis hinkt NRW anderen Bundesländern einmal mehr hinterher, die eine generelle Schulzeitverkürzung einführen oder seit jeher das Abitur nach zwölf Jahren verleihen. Heute rächt sich, dass die Warnungen der Opposition vor dem Scheitern des rot-grünen Profilklassenmodells von Bildungsministerin Behler leichtfertig in den Wind geschlagen wurden. In der Zeit zunehmender Internationalisierung und der damit einhergehenden Mobilitätsnotwendigkeit darf der Blick über den Tellerrand nicht vergessen werden. In sieben Mitgliedsstaaten der Europäischen Union können Schüler bereits heute ihre Abiturprüfung nach zwölf Jahren ablegen. Um die Konkurrenzfähigkeit mit anderen Ländern auf nationaler wie internationaler Ebene herzustellen, ist eine Schulzeitverkürzung in NRW überfällig.

Die FDP bleibt daher bei ihrer Forderung nach einem generellen Abitur nach zwölf Jahren. Wir brauchen ein landesweit einheitliches Verkürzungs-Curriculum, damit Rechtssicherheit herrscht und eine Vergleichbarkeit der Abschlüsse entsteht. Eine Schulzeitverkürzung ist problemlos ohne Qualitätsverlust zu erreichen, wenn NRW seine im Bundesländervergleich niedrigen Studententafeln in der Sekundarstufe I etwas ausdehnt, den Unterrichtsausfall reduziert und die Vermittlung wichtiger Inhalte zeitlich vorzieht.

Im Ergebnis hinkt NRW anderen Bundesländern einmal mehr hinterher, die eine generelle Schulzeitverkürzung einführen oder seit jeher das Abitur nach zwölf Jahren verleihen. Heute rächt sich, dass die Warnungen der Opposition vor dem Scheitern des rot-grünen Profilklassenmodells von Bildungsministerin Behler leichtfertig in den Wind geschlagen wurden. In der Zeit zunehmender Internationalisierung und der damit einhergehenden Mobilitätsnotwendigkeit darf der Blick über den Tellerrand nicht vergessen werden. In sieben Mitgliedsstaaten der Europäischen Union können Schüler bereits heute ihre Abiturprüfung nach zwölf Jahren ablegen. Um die Konkurrenzfähigkeit mit anderen Ländern auf nationaler wie internationaler Ebene herzustellen, ist eine Schulzeitverkürzung in NRW überfällig.

Die FDP bleibt daher bei ihrer Forderung nach einem generellen Abitur nach zwölf Jahren. Wir brauchen ein landesweit einheitliches Verkürzungs-Curriculum, damit Rechtssicherheit herrscht und eine Vergleichbarkeit der Abschlüsse entsteht. Eine Schulzeitverkürzung ist problemlos ohne Qualitätsverlust zu erreichen, wenn NRW seine im Bundesländervergleich niedrigen Studententafeln in der Sekundarstufe I etwas ausdehnt, den Unterrichtsausfall reduziert und die Vermittlung wichtiger Inhalte zeitlich vorzieht.

Von Bernhard Recker (CDU)

Das Abitur nach zwölf Jahren zählt zu den inzwischen unstrittigen Elementen des Bildungswesens. Als ein generelles Mittel zur Schulzeitverkürzung sind Profilklassen jedoch nicht geeignet. Unabhängig von der zu erwartenden Zahl von Profilklassen im neuen Schuljahr bleibt die Folge unweigerlich ein Zwei-Klassen-Abitur. Wenn man dann noch die Abnehmer-Situation hat, auswählen zu müssen zwischen eine/m Bewerber/Bewerberin mit einem Abitur in zwölf Jahren und jemanden mit einem Abi nach 13 Jahren, dann ist die von Rot-Grün viel gelobte Chancengleichheit nicht aufrechtzuerhalten. Wer dann noch Fachprofilklassen mit Hochbegabtenförderung gleichsetzt zeigt, dass er zu den drängenden Problemen der Bildungspolitik keinen Bezug mehr hat. Die CDU hat sich schon vor zwölf Jahren für Modellversuche zur Konzentration und Straffung der Schulzeit eingesetzt. Und noch im Dezember haben wir die generelle Einführung eines Abiturs in zwölf Jahren gefordert. Zu diesem Zeitpunkt hat Ministerpräsident Clement seine eigene Ankündigung gestimmt. Zwei Wochen später fordert nun auch er ein generelles Abitur nach zwölf Jahren, flächendeckend an jeder Schule. Diese Forderung erscheint nun mehr als unglaubwürdig. Profilklassen können nur ein erster Schritt sein, hin zu einer generellen Einführung. Sowohl PISA als auch TIMSS haben deutlich erwiesen, dass in einer verkürzten Schulzeit gute Leistungen erbracht werden können. Zudem beweisen alle Bildungsdaten, dass SchülerInnen in Deutschland im internationalen Vergleich zu alt sind, wenn sie beispielsweise die Universität beenden oder mit der Berufsausbildung fertig sind. Wenn wir wieder zur Spitze gehören wollen, dann müssen wir endlich konsequent handeln. Dann müssen wir das Gymnasium und die Oberstufe endlich reformieren und die Lehrstoffe aktualisieren, entfrachten und neu organisieren. Mit diesem Modell haben wir nur wieder ein Reförmchen und stellen unzählige SchülerInnen in die zweite Reihe. Es muss endlich Schluss sein mit halbherzigen Entschlüssen. Unsere klare Forderung muss eine generelle Verkürzung der Schulzeit sein.



Sind Profilklassen ein geeignetes Instrument zur Verkürzung der Schulzeit?

Von Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Ja, sicherlich können besonders begabte und motivierte Jugendliche auch durch Profilklassen schneller zum Abitur geführt werden. In NRW ist dies neben dem individuellen Überspringen und der speziellen Förderung in Gruppen mit dem so genannten Drehtü-



renmodell seit dem letzten Jahr möglich. Wir GRÜNE favorisieren – wie viele Eltern und Schulen im Übrigen auch – eindeutig das letztgenannte Modell. Es führt genauso gut schneller zum Abitur, ist aber pädagogischer, weil es nicht zusätzlich in die äußeren Differenzierungsstrukturen der Schulen eingreift.

Die PISA-Studie bescheinigt uns ja, dass unser stark gegliedertes und auf Selektion setzendes Schulwesen weder Schwache besonders gut fördert, noch bei leistungsstarken Schülerinnen und Schülern herausragende Ergebnisse zeitigt. Andere Länder schaffen mit heterogenen Lerngruppen und durch integrative Ansätze beides.

Grund genug, sich in diesen Ländern die Schulstrukturen und Unterrichtsverfahren genauer anzusehen und für die Bundesrepublik und Nordrhein-Westfalen Konsequenzen zu ziehen. In jedem Fall ist es richtig, die Lernzeit von Kindern und Jugendlichen optimal zu nutzen: Wer mehr kann und schneller lernt, kann und soll auch schneller fertig werden oder mehr lernen. Individuelle Förderung ist hier gefragt. Je stärker, je früher und je besser wir hier ansetzen, um so mehr Möglichkeiten ergeben sich in der Sekundarstufe II, schneller zum Abitur zu kommen. GRÜNE wollen jeder Schülerin und jedem Schüler die Schulzeit gewähren, die sie oder er persönlich braucht, um seine Leistungspotenziale auszuschöpfen. Die OECD-Vergleiche zeigen nämlich, dass wir in Deutschland mehr Jugendliche mit Abitur brauchen und nicht weniger.

Grund genug, sich in diesen Ländern die Schulstrukturen und Unterrichtsverfahren genauer anzusehen und für die Bundesrepublik und Nordrhein-Westfalen Konsequenzen zu ziehen. In jedem Fall ist es richtig, die Lernzeit von Kindern und Jugendlichen optimal zu nutzen: Wer mehr kann und schneller lernt, kann und soll auch schneller fertig werden oder mehr lernen. Individuelle Förderung ist hier gefragt. Je stärker, je früher und je besser wir hier ansetzen, um so mehr Möglichkeiten ergeben sich in der Sekundarstufe II, schneller zum Abitur zu kommen. GRÜNE wollen jeder Schülerin und jedem Schüler die Schulzeit gewähren, die sie oder er persönlich braucht, um seine Leistungspotenziale auszuschöpfen. Die OECD-Vergleiche zeigen nämlich, dass wir in Deutschland mehr Jugendliche mit Abitur brauchen und nicht weniger.

Landtag ändert Verfassung zu Gunsten der Rechte von Kindern

Einstimmig hat der Landtag am 25. Januar in zweiter und dritter Lesung beschlossen, die Rechte von Kindern und Jugendlichen in die Landesverfassung aufzunehmen. Nach längeren Beratungen hatten sich die vier Fraktionen auf einen gemeinsamen Wortlaut für Artikel 6 der Landesverfassung geeinigt, der das Recht jedes Kindes auf besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft, auf gewaltfreie Erziehung und auf Schutz vor Vernachlässigung und Ausbeutung verankert. Die Sprecher der Fraktionen betonten übereinstimmend, dass nun Politik und Gesellschaft gefordert seien, diesen Anspruch in allen Bereichen konsequent umzusetzen.

Renate Drewke (SPD) meinte zu den Auswirkungen: „Durch die Aufnahme von Kinderrechten in die Landesverfassung geben wir unter anderem der Landesregierung, den Kommunen und uns selbst richtungsweisende Vorgaben für anstehende Entscheidungen und betonen gegenüber der Gesellschaft, dass es sich bei Jungen und Mädchen um individuell eigenständige Persönlichkeiten mit eigenen Rechten handelt, für deren Schutz wir uns einsetzen werden.“ In gemeinschaftlicher Anstrengung hätten sich die Fraktionen auf einen Text geeinigt, der die Rechte von Kindern und Jugendlichen als eigenständige Rechtsträger darstelle. Der neue Artikel 6 der Landesverfassung stelle klar, „dass Kinder nicht den Erwachsenen untergeordnet sind, dass statt dessen auf beiden Seiten gleichwertige

Richtschnur unseres landespolitischen Handelns hier im Hause ist“. Jetzt gelte es, die Änderung in praktische Politik umzusetzen; er, Rösenberg, appelliere dabei an Bundes- und Kommunalpolitiker, an die wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, an jeden verantwortlichen Bürger, Kindern und Jugendlichen überall Rahmenbedingungen zu schaffen, die dem Recht auf eine positive Entwicklung und Entfaltung der Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen Rechnung tragen. Der Sprecher betonte, auch wenn man vor Jahren die Gleichwertigkeit von Familienarbeit und Erwerbsarbeit in die Verfassung geschrieben habe, dann dürfe das bei dem berechtigten Anliegen von Erwachsenen, ihre Rechte wahrzunehmen, im Alltag nicht zu Lasten der Kinder gehen.

Christian Lindner (FDP) begann: „Wir betonen sonst das Trennende zwischen den Fraktionen in der Jugendpolitik. Heute haben wir Gelegenheit, die Gemeinsamkeiten miteinander zu diskutieren und zu einem Ergebnis zu kommen.“ Vermutlich werde das nur ein Schulterschluss auf Zeit sein, „der nur wenige Minuten vorhält“. Seine Fraktion trage das Ergebnis mit, betonte er, „weil wir glauben, dass eine verfassungsrechtliche Regelung auch eine gewisse Signalwirkung insbesondere auch auf die kommunale Ebene hat“. Die gefundene Formulierung sei eine Zielbestimmung, „aber von diesem Ziel sind wir noch gehörig weit entfernt“. Wenn seine Fraktion der Verfassungsänderung zustimme, dann ändere das nichts daran, dass die Liberalen für „Symbolpolitik“ nicht zur Verfügung stünden. Besonders in der Tagespolitik

Schritt. Ihre Fraktion wolle, dass Kinderrecht mehr als ein Blatt Papier seien, „wir wollen, dass es Konsequenzen hat und viele Kreise in Nordrhein-Westfalen zieht“. Der Text unterstütze alle, die sich — haupt- oder ehrenamtlich — als Lobby für Kinder und Jugendliche verstünden. Sie bedauere einen Standpunkt, der in der Änderung lediglich „Symbolpolitik“ sehe: Da werde die Gelegenheit zu parteipolitischen Spielchen genutzt, wo man hätte die Gemeinsamkeit herausstellen müssen. Um die Lage von Kindern und Jugendlichen im Lande zu verbessern, werde mehr Veränderungswille benötigt, vor allem, um gegen die Kinderarmut vorzugehen. Da jetzt das Recht der jungen Menschen auf eine gewaltfreie Erziehung verankert werde, müsse die Politik darangehen, Fortschritte auch in Bezug auf Probleme von Kindern aus Gewaltbeziehungen zu erreichen. Zudem sei mit dem Respekt vor Kindern Ernst zu machen. Die Abgeordnete formulierte das so: „Wir brauchen eine neue Kultur des Aufwachsens.“

Jugendministerin Birgit Fischer (SPD) erkannte in der Verfassungsänderung die Verpflichtung zu Anstrengungen, „die erheblich über das bisher Erreichte hinausgehen“. Der Auftrag richte sich nicht nur an das Schul- und Jugendministerium der Landesregierung, „die Umsetzung der Verfassung ist originäre Aufgabe aller in Staat und Gesellschaft“. Das werde durch die besondere Verpflichtung deutlich, für altersgerechte Lebensbedingungen zu sorgen — in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Ministerin nannte die Eckpfeiler, die die Landesregierung bereits gesetzt habe. Wenn — was sie begrüße — im neuen Artikel 6 der besondere Hinweis auf die Förderung der Kinder nach ihrer Begabung enthalten sei, dann seien damit nicht nur die Hochbegabten gemeint, es gehe auch um individuelle Begabungen. Fischer: „So müssen auch Kinder mit Auffälligkeiten und Behinderungen in den Blick genommen werden. Auch sie haben ein von der



Kinder haben ein Recht auf eine Jugend, die ihnen gemäß ist. Seit Jahren hat der Landtag diese Forderung mit seinen Veranstaltungen zum Weltkindertag aufgenommen und jetzt auch in Form einer Verfassungsänderung umgesetzt. — Unser Bild entstand beim Luftballonwettbewerb im Rahmen des Weltkindertags 2001 vor dem Eingang zum Landtagsgebäude. Foto: Schälte

Rechte bestehen“. Das Erziehungsrecht der Eltern werde nicht beschränkt, den Eltern werde eine Grundorientierung für die Anforderungen an dem Umgang mit Kindern gegeben. Gestärkt werde die Position derer, die mit Jungen und Mädchen arbeiten und sich für Kinder einsetzen. Die Abgeordnete fasste zusammen: „Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Durch eine gewaltfreie Erziehung nehmen wir Einfluss darauf, dass unsere Kinder selbst gewaltfrei reagieren können. Wir müssen gegen die materielle Verarmung unserer Kinder vorgehen. Wir müssen Mädchen und Jungen vor sexuellem Missbrauch schützen und ihre Lebensbedingungen so gestalten, dass sie sich frei und nach ihren Fähigkeiten entwickeln können.“

Antonius Rösenberg (CDU) urteilte, dies sei ein guter Tag für Kinder und Jugendliche in NRW, wenn der zu beschließende Text als Auftrag verstanden werde, „dass der Inhalt dieses Textes auch jederzeit Grundlage und

habe die Landesregierung noch Erhebliches zu tun, fand er und kündigte an, man werde die Regierung nicht aus der Verantwortung entlassen, einen Richtungswechsel und neue Schwerpunktsetzungen in der Kinder- und Jugendpolitik vorzunehmen. So fehlten etwa die Aufwendungen für die Steinkohlensubventionen in der Kinder- und Jugendpolitik, meinte Lindner. Die Personalsituation in den Tageseinrichtungen müsse so sein, dass auf besonderen Förderungsbedarf und auf Kindervernachlässigung reagiert werden könne. Seine Fraktion werde einfordern, dass die Kinder- und Jugendrechte auf kommunaler Ebene praktisch umgesetzt werden.

Ute Koczy (GRÜNE) fand: „Mit diesem Tag wird etwas selbstverständlich, was längst schon hätte selbstverständlich sein müssen: Die Würde und die Rechte des Kindes nehmen in der Verfassung einen selbstverständlichen Platz neben dem der Erwachsenen ein.“ Als zehntes Land vollziehe NRW diesen

Verfassung garantiertes Recht auf Förderung ihrer Begabung.“

Werner Jostmeier (CDU) nannte Beispiele dafür, dass die Einigung für die Verfassungsänderung kein bloßer „Schulterschluss auf Zeit“ sein sollte. So dürfe es keine Kürzungen mehr im Bereich der Kindertagesstätten geben, wie dies geschehen sei. Dann sei zu überlegen, ob nicht die Position des Kinderbeauftragten der Landesregierung gemeinsam gestärkt werden müsse. Die Tagespflege im Bereich der Kinderbetreuung sollte ins Gesetz aufgenommen werden. Die Einrichtungen der Verbrechensbekämpfung und -ermittlung im Lande müssten auch die technischen Mittel erhalten, um wirksam gegen Kinderpornografie, Kinderprostitution und Gewalt vorgehen zu können. Wenn es demnächst um Kürzungen im Kinder-, Jugend- und Familienbereich gehen sollte, dann müsse das Motto lauten: „Im Zweifel für Kinder, Jugendliche, für die Familie.“

Frage: Welche Schlüsse sind aus den Befunden der PISA-Studie zu ziehen?



Herbert Reul (CDU)

Nach lebhafter und kontroverser Debatte hat der Landtag am 24. Januar ohne Gegenstimme den Antrag der CDU-Fraktion „Nordrhein-Westfalen braucht eine große Schulreform“ (Drs. 13/2164) zur abschließenden Beratung und Abstimmung an den federführenden Schulausschuss und an vier weitere mitberatende Ausschüsse überwiesen. In diesem 29-seitigen Antrag legt die Union ihr Konzept eines stark gegliederten Schulwesens im Lande vor.

Bernhard Recker (CDU) sagte, für die Union stehe fest: Reparaturen reichten nicht aus, wenn im Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft Bildung immer mehr über Berufschancen und Lebensperspektiven des Einzelnen, aber auch über den Wirtschaftsstandort NRW entscheiden. Recker: Dafür gebe es bisher keine überzeugende Antwort, „es fehlen ganz einfach die Visionen“. Ziel des CDU-Konzepts sei: „Jeder, unabhängig davon ob mehr theoretisch oder praktisch begabt, muss die bestmögliche Bildungschance nach seinen individuellen Fähigkeiten erhalten.“ Die Schule der Zukunft sei eingebettet in ein System lebenslangen Lernens; Weiterbildung sei nicht länger Anhängsel, sondern gleichberechtigte Säule im System. Der Sprecher: „Das heißt auch, dass wir die Erstausbildung verkürzen müssen.“ Die PISA-Studie belege Aktualität und Richtigkeit des CDU-Reformkonzepts. Die Grundschule sei das Fundament für jede weitere Entwicklung. Seine Fraktion sei bereit, „ohne Scheuklappen und ohne Vorurteile“ über die vorgelegte Grundlage zu debattieren. Es sei ein Kraftakt nötig, aber den schaffe die Regierung nicht.



Marlies Stotz (SPD)

Manfred Degen (SPD) fand, der Antrag ähnele einem Glaubensbekenntnis, „das Ergebnis eines CDU-Parteitag ist“. Er sei nicht

darauf gerichtet, diskutiert, bewertet und in seinen Einzelaspekten abgestimmt zu werden. Ergebnisse aus PISA würden nicht wahrgenommen, Erfahrungen aus Jahrzehnten deutscher und internationaler Bildungspolitik fände keine Berücksichtigung. Degen: „Dieser Antrag kann deshalb kein ernst gemeinter Beitrag zur aktuellen bildungspolitischen Diskussion sein, weil er als ein geschlossenes ideologisches Konzept als Ziel die Wiedereinführung des Bildungswesens der 50er- und 60er-Jahre hat.“ Der „praktisch“ Begabte als Vorwand für das gegliederte Schulsystem existiere nicht in seiner Abgrenzung zum theoretisch Begabten — „nur in der Vorstellungswelt der CDU gibt es ein solches Gebilde“. Man könne über die vorgelegte Analyse des Antrags diskutieren, um anschließend zu überlegen, ob die Schlussfolgerungen der Union richtig seien oder andere gezogen werden müssten.

„Prittstift statt Konzeption, Parteitagshyryk aus Modellbaukästen“.
Behler über den CDU-Antrag

★

„Königin der Modell- und Sofortmaßnahmen in der Bildungspolitik von Nordrhein-Westfalen“.
Reul über Behler



Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)

Ralf Witzel (FDP) umriss die Haltung seiner Fraktion. Man sei gegen Nivellierung in der Bildung. Die Politik müsse Standards in der Bildungspolitik setzen, etwa zentrale Vorgaben für die Erreichung der Anforderungen. Im Bildungssystem seien regelmäßige Evaluationen durchzuführen. Seine Fraktion sei für einen fairen Wettbewerb aller Schulformen. Die Gesamtschule aber „war bildungspolitisch einer der größten historischen Fehler in der Geschichte des Landes“ — da gebe er der Union völlig Recht. Nicht alle aufgezeigten Missstände seien über eine Schulstrukturdebatte zu verändern, dazu gehöre auch die Bereitstellung notwendiger finanzieller Ressourcen im Land. Fazit: „Wir brauchen ein Einlenken aller, auch der rot-grünen Landesregierung und das Eingeständnis, dass sicherlich Fehlentscheidungen in den letzten Jahren getroffen worden sind.“



Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) warnte vor Schnellschüssen in der Reaktion auf die PISA-Befunde. Man sollte sich erst mit Experten zusammensetzen, bevor Antworten vorweggenommen würden und man einen alten, vorher verfassten Antrag auf den Tisch lege. Die Studie taue nicht als Zeuge für die Ablehnung integrativer und als Plädoyer für gegliederte Schulsysteme. Die Gesamtschule in NRW sei mit den integrativen Systemen in anderen Ländern zu vergleichen und gleichzusetzen, dann führe das auf

den falschen Weg. „Es gibt keinen Automatismus für irgend etwas aus PISA“, da würden Fakten beschrieben und man könne aus dem lernen, was anderswo sich bewährt habe.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) erklärte das Zustandekommen des CDU-Antrags unter Hinweis auf schon bekannte Positionspapiere, die die Fraktion in der Vergangenheit vorgelegt habe: „Sie haben die Prittstifte genommen.“ Ihr Appell an die Union: „Setzen Sie sich konstruktiv mit PISA auseinander. Ziehen Sie konstruktiv auch die Schlussfolgerungen aus der Studie, die dort tatsächlich angelegt sind.“ Es gehe vor allem um zwei Ansatzpunkte, eine breite Förderung von Schwächeren und eine bessere Nutzung der Lernzeit. Die Ministerin weiter: „Da wollen wir in der Tat vorankommen.“ Mit der Reform der Bildung im frühkindlichen Alter, mit der Reform des Übergangs zwischen Kindergarten und Schule, mit der Qualitätssicherung des Unterrichts, mit der Sprachförderung der Migrantenkinder und der Kinder deutscher Herkunft und mit dem Ausbau des Ganztags.“ Um das Ziel der Bildungsgesellschaft zu erreichen, bedürfe es mehr als eines parlamentarischen Schlagabtauschs, der sich eher an Parteitagstribunalen orientiert als an der Sache.

Herbert Reul (CDU) wendete den Vorwurf des „Schnellschusses“ gegenüber seiner Fraktion gegen die Politik der Landesregierung: Die beste wäre vor allem aus Modellen und Sofortmaßnahmen. Reul: „Es gibt keine Linie, aber ständig etwas Neues. Niemand blickt mehr durch. Es ist ein Riesendurcheinander, aber es gibt keine Struktur und keine Kontinuität.“ Seine Fraktion habe schon vorher sich mit der Sache beschäftigt, darum „sind wir mit einem Teil der Hausaufgaben auch schon fertig“. Die Fakten aber, die die CDU schon seit vielen Jahren zur Kenntnis genommen und aus denen sie jetzt Konsequenzen habe, die wolle die Ministerin nicht wahrhaben.

Marlies Stotz (SPD) setzte ihren Schwerpunkt im Primarbereich und bei der Förderung im Vorschulalter. Kein einziges Wort finde man im Antrag zur Frühförderung oder zur Frage, ob im Interesse der positiven Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder die Grundschulzeit verlängert werden sollte. Kindergarten und Schule sollten stärker als bisher zusammenarbeiten, um fit zu machen auf die Herausforderungen der Schule.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) setzte sich für eine Individualisierung des Lernens ein, das sei die beste Förderung sowohl hoch begabter als auch schwächerer Schüler. Die Schulen sollten ein Mindestziel definieren, das alle erreichen könnten. Begabte Schüler sollten auf ein Ziel darüber hinaus lernen können, das ihrem individuellen Potential entspreche. Dieser Aspekt der individuellen Lernförderung werde die Debatte in den nächsten Jahren beherrschen, meinte sie.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) kritisiere die CDU-Fraktion, sie fordere Visionen ein, selber lege sie aber keine neuen Ideen vor. In Hinblick auf PISA sollte man mit der Favorisierung des Schulsystems der 70er-Jahre vorsichtig sein. Gegenwärtig wäre es besser, sich mehr Gedanken über die innere Schulreform zu machen. Zudem sollte ein gesellschaftliches Klima geschaffen werden, „in dem auch die Wertschätzung von Bildung steigt“.

Gabriele Behler (SPD)
Fotos: Schälte

Regierungserklärung und Debatte zur Europäischen Union

Clement für mehr Kompetenzen der Länder

In einer Regierungserklärung forderte Ministerpräsident Wolfgang Clement die Verlagerung von EU-Kompetenzen auf unterstaatliche Ebenen und Regionen. Eine europapolitische Debatte schloss sich an, in der grundsätzliche Zustimmung aller Landtagsfraktionen, aber auch Kritik der Opposition an zu viel „Regierungshandeln“ des NRW-Kabinetts geäußert wurden. Nachstehend Auszüge aus der Debatte.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) sprach von perfekt organisierter Einführung des Euro als einem guten Start. Zum gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum von 300 Millionen Menschen aus 15 Staaten würden bald zehn oder zwölf neue Mitgliedstaaten kommen. Ein solcher europäischer Staatenbund brauche klare Regeln und eine Verfassung. Ein Konvent bereite eine Reform vor. Europäische Integration und Bund hätten Länderkompetenzen in der Struktur-, Kultur- und Bildungspolitik sowie beim öffentlichen Dienstrecht ausgehöhlt. Der Euro erhöhe den Wettbewerb. Der deutsche Föderalismus lasse Vielfalt zu, ohne die Einheit zu gefährden. Länder und Kommunen bräuchten kalkulierbare Einnahmen. Grunderwerb-, Erbschaft- und Schenkungssteuer sollten der Kompetenz der Länder überlassen werden.

Gemeinschaftsaufgaben

Unverzichtbare Voraussetzung für den jetzt geforderten Wegfall der Gemeinschaftsaufgaben sei die vollständige Weiterleitung der Bundesmittel an die Länder. Auf den bürokratischen Aufwand, etwa beim Hochschulbau, könnten die Länder verzichten. Die politische Beratung über Gemeinschaftsaufgaben gehöre in die Parlamente. Bei Eigenverantwortung für die Schulen und Hochschulen müssten die Länder das Recht haben, vom Beamtenrecht des Bundes abzuweichen.

Durch eine „umgekehrt konkurrierende“ Gesetzgebungskompetenz solle Bundesrecht zurückgestutzt, geändert oder ergänzt werden können. Im Gegenzug könne die Zustimmungspflicht der Länder im Bundesrat fallweise gestrichen werden. Als negatives Beispiel für unnötige „Stellschrauben“ auf EU-Ebene beschrieb Clement die Fleischbeschau-Richtlinie. In EG-Richtlinien sollte nur der Grundsatz aufgenommen und jede Detailregelung ausgeschlossen werden. Clement sprach sich für höchstens 20 EU-Kommissare und für Rückstufen der struktur- und agrarpolitischen Zuständigkeiten aus. Das EU-Geld für Ziel-2-Gebiete stamme von NRW-Steuerzahlern. Geldfluss von Düsseldorf über Berlin und Brüssel zurück nach NRW bringe zu wenig. In vielen Bereichen komme den europäischen Regionen eine Schlüsselstellung zu.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), Fraktionsvorsitzender, nannte als Vision: mehr Demokratie, Europa mit eigener Staatlichkeit und Verfassung, Vielfalt der Regionen. Euro und Europa seien eine Erfolgsgeschichte, die die CDU maßgeblich mitgestaltet habe. Durch mehr Kompetenzen für die Länder entstehe mehr Demokratie. Die Länder wollten nicht bloß Agenturen zur Umsetzung europäischer Richtlinien werden. Hier gebe es viel Gemeinsamkeit mit Clement. Der Ministerpräsident denke aber vor allem an Stärkung

der Exekutive, und das sei der falsche Weg. Landesparlamente blieben bei ihm weitgehend unterbelichtet.

Demokratiedefizite

Nüchtern festgestellt, seien europäische Angelegenheiten heute reines Regierungshandeln, sagte Dr. Rüttgers. Je mehr sich Europa einmische, desto mehr Gestaltungsmacht gewinne die Landesregierung. Die Länderparlamente müssten vor Bundesratsentscheidungen über das Votum mitbestimmen können. Zu Recht forderten die Ministerpräsidenten eine eng begrenzte Grundsatzzustimmung bei Bund und EU. Bei Steuergesetz-Kompetenzen für die Länder stimme er Clement zu. Allerdings habe Clement der Berliner katastrophalen Steuerreform zugestimmt, damit den Landeshaushalt in die Verfassungswidrigkeit und die Kommunen reihenweise in die Haushaltssicherung getrieben. Die gleichen Demokratiedefizite, die Clement auf europäischer Ebene beklage, produziere er in seinem eigenen Regierungshandeln. All die Netzwerke, runden Tische, Initiativen, Zirkel und Gremien, auf die er sein Handeln verteile, seien am Parlament vorbei das Gegenteil von dem, was er für Europa fordere. In den Euregios gebe es bei Gesundheits-, Bildungs- oder Verwaltungspolitik Fehlansätze.

Edgar Moron (SPD) stimmte als Fraktionsvorsitzender der Regierungserklärung zu. Die Länder würden von Europa und vom Bund in die Zange genommen. Bei der Gesetzgebung habe der Bund inzwischen ein unvertretbares Übergewicht erhalten. Zur Neuordnung der Zuständigkeiten gebe es heute keine Alternative. Die Länder und die Kommunen müssten auch über eigene Steuern verfügen können. Sonst fahre das föderale System an die Wand. Die SPD werde außer mit „Selbständiger Schule“ drei weitere Konsequenzen aus der PISA-Studie ziehen: bei vorschulischer Erziehung, bei Ganztagsbetreuung und bei Sprachförderung. In der Energiepolitik habe für NRW die beihilferechtliche Sicherung der deutschen Steinkohle Vorrang. Der EU-Kommissionspräsident habe einen heimischen Energiesockel zugesagt. Er werde beim Wort genommen.

Jürgen W. Möllemann (FDP), Fraktionsvorsitzender, meinte, mehr Zuständigkeiten auf allen Ebenen seien nicht möglich. Die unterste Ebene, die Kommunen, müssten gestärkt werden, schon weil die Bürger sich immer mehr als Verlierer fühlten. Die 396 NRW-Städte und -Gemeinden seien von der Regierungserklärung enttäuscht. Clement hätte einen schlanken Staat fordern und fragen sollen: „Was darf der Staat?“ Zu Privatisierung, die sich für die Bürger lohne, und zu Entbürokratisierung habe er kein Wort gesagt. Ein Privatisierungsgebot gehöre ins Grundgesetz, damit der Staat notwendiges



Oppositionsredner Dr. Jürgen Rüttgers (CDU, r.) kritisierte zu viel „Regierungshandeln“ von Ministerpräsident Wolfgang Clement. Foto: Schälte

Engagement nachweisen könne. Was der Staat dem mündigen Volk an Freiheit und Verantwortung zurückgeben könne, sei gefragt. Infolge politischer Taktierereien und Blockaden erstarre der Staat, gebe es Misswirtschaft und staatliche Schuldenberge. Die 44 Tische und Bündnisse, die Clement mit Steuergeldern ausgestattet habe, sollten abgeschafft werden.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Fraktionsvorsitzende, bekannte sich zur europäischen Idee, hielt aber intransparente Strukturen, fehlende öffentliche Kontrolle und falsche Entscheidungen für problematisch. Föderalismus sei ein dynamisches System und eine Balance, etwa zwischen Effizienz und Transparenz, hoher Beteiligung und schneller Entscheidung. Ob der bundesdeutsche Föderalismus europatauglich sei, tauglich zur Gestaltung der Globalisierung, darum gehe es jetzt. In öffentlichem Dialog müssten Bürgerinnen und Bürger auch über den Konvent diskutieren. Abgeordnete Löhrmann forderte eine Enquetekommission „Neuordnung des Föderalismus“ im nächsten Deutschen Bundestag.

Europaministerin Hannelore Kraft (SPD) spitzte den Reformbedarf auf die Frage zu, ob die EU bewegungsunfähig oder zukunftsfähig werde. Mehr Bürgernähe erreiche man durch klare Zuständigkeiten. In den NRW-Grenzregionen gebe es beispielhafte Zusammenarbeit mit den Nachbarn. Bürger wollten nicht pauschal weniger Staat und mehr Privatisierung, sondern sinnvolle Aufgabenerfüllung und Daseinsvorsorge vor Ort. Europa werde mehr und mehr Innenpolitik. NRW wolle in Brüssel frühzeitiger tätig werden.

CDU: Finanzminister hat Parlament in Sachen Steuerausfälle getäuscht

Steinbrück rechtfertigt sich in Aktueller Stunde: „Nicht getrickst“

„Körperschaftsteuerausfälle in Milliardenhöhe gefährden Landesfinanzen“ — unter diesem Thema hat die CDU-Fraktion eine Aktuelle Stunde für den 25. Januar beantragt. Dabei ging es für die Opposition um die Frage, ob diese Ausfälle vorhersehbar waren oder ob der Finanzminister von diesen Einnahmeverlusten überrascht worden sei. Minister Peer Steinbrück (SPD) betonte, er habe „nichts verschleiert und nicht getrickst“.

Michael Breuer (CDU) sagte, Finanzminister Steinbrück habe sich von den Steuerausfällen durch Rückzahlungen an große Unternehmen im Lande überrascht gezeigt, obwohl die Opposition im Ausschuss nach der Höhe möglicher Ausfälle gefragt und die Nachrichten aus den Unternehmen von geringeren Gewinnerwartungen gesprochen hätten. Breuer mochte an die Überraschung des Ministers nicht glauben, sondern stellte fest: „In Wirklichkeit wissen Sie schon seit Monaten genau, was auf Sie zukommt.“ Schon im März vergangenen Jahres habe er gewusst, was im November, als er sich „überrascht“ zeigte, auf ihn zukommen würde. Der Sprecher: „Vielleicht haben Sie das Parlament auch bewusst getäuscht, damit Sie das bei den Haushaltsberatungen 2002 eben nicht berücksichtigen mussten, damit Sie den Ansatz der Körperschaftsteuer nicht korrigieren mussten, damit Sie Ihre Verschuldung im Rahmen hielten und wenigstens einen verfassungskonformen Haushalt präsentieren.“

Erwin Siekmann (SPD) geißelte die „widersprüchlichen unausgewogenen und auch nicht im Entferntesten finanzierbaren Vorschläge“ von CDU und CSU in der Steuer- und Finanzpolitik der letzten Zeit, etwa bei den verschiedenen Vorstellungen, ob, wann und wie die kommende Stufe der Steuerreform vorgezogen werden oder was mit der

Ökosteuer geschehen sollte. Vernünftige Vorstellungen, wie das zu finanzieren sei, würden nicht vorgelegt; die Devise heiße nur: Schau'n wir mal! Er, Siekmann, weise darauf hin, „dass die Aufgaben der drei staatlichen Ebenen unbedingt und dringend eindeutig zu definieren sind. Sie müssen

verlässlich und verstätigt finanziert werden. Wer die Aufgaben hat, hat Anspruch auf die benötigten Mittel“.

Angela Freimuth (FDP) nannte als Gründe für den Einbruch des Körperschaftsteueraufkommens



die schlechte Konjunktur und die Unternehmenssteuerreform der amtierenden Bundesregierung: „Diese Reform ist schlicht und ergreifend fehlgeschlagen.“

Das müsse so schnell wie möglich geändert werden. Die Einkommenssteuer, die Körperschaftsteuer seien zu senken; die Gewerbesteuer müsse völlig wegfallen. Und man müsse zu einer strukturellen Veränderung auf der Ausgabenseite im Lande kommen. Aber da gebe es keine ernsthaften Sparvorschläge von Rot-Grün; auch den Abbau der Steinkohlesubventionen werde nicht herangegangen. Auch sie stellte die Frage, ob der Finanzminister nicht schon vor der Verabschiedung des Haushalts von den katastrophalen Entwicklungen und deren Auswirkungen auf den Landeshaushalt gewusst habe.

Edith Müller (GRÜNE) erinnerte daran, dass Rot-Grün im Bund das größte Steuer-



senkungsprogramm stufenweise und unumkehrbar in Gang gesetzt habe mit Folge, dass die Steuerbelastung gesunken sei, dass Wachstums- und Investitionsimpulse gesetzt worden seien. Die Opposition müsse zur Kenntnis nehmen, „dass ein Teil der augenblicklichen Belastungen konjunkturell und nicht durch die Steuerreform bedingt ist“. Aber auch betriebliche Fehlentscheidungen führten zu Ausfällen in der Körperschaftsteuer, zumal im globalen Wettbewerb. Wenn, wie dies die Bundesvorsitzende der CDU wolle, die Steuerreform vorgezogen werde, dann koste das 36 Milliarden Euro Neuverschuldung. Wer wie die FDP auf die Gewerbesteuer verzichten wolle, der müsse mit einem Ausfall von 25 Milliarden fertig werden.

Wolfgang Dietrich (CDU) stellte fest, schon Ende Juni vergangenen Jahres sei der Rückgang der Körperschaftsteuereinnahmen absehbar gewesen — mit progressiver Tendenz. Wer das nicht habe wahrnehmen wollen, gehöre „zur Gruppe der haushalts- und finanzpolitischen Geisterfahrer“. Die

Folge der Erleichterungen für Kapitalgesellschaften auf die öffentlichen Haushalte sei auch dem Finanzminister bekannt gewesen.

Ernst-Martin Walsken (SPD) vermutete, die CDU habe die Aktuelle Stunde nutzen wollen, um dem Finanzminister Hinweise zu entlocken, wie sie, die Opposition, noch nicht wisse, wie sie ihre Klage vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster mit Argumenten versehen solle. Steuerschätzungen seien Grundlage der Kalkulation im Haushalt; da komme es schon vor, dass eine positive Schätzung im Mai im November plötzlich negativ werde. „Deshalb war es völlig klar, dass im vorigen Jahr das Ruder nicht von heute auf morgen herumgerissen werden konnte.“

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) rief die CDU auf, von ihrer „Verschwörungstheorie“ wegzukommen und auf die Sache zu sprechen zu kommen. Solange die Opposition nicht mehr zu bieten habe, „fordern Sie mich nicht heraus“.



Die Steuereinbrüche im vergangenen Jahr hätten nichts mit dem Haushaltsplanentwurf 2002 zu tun, sie erhöhten aber den Schuldenstand des Landes: „Das ist beklagenswert und sehr ernst zu nehmen.“ Die Schuld für die Einbrüche bei der Steuerreform zu suchen, sei gefährlich: CDU-Länder hätten ihr im Bundesrat zugestimmt und noch mehr gewollt. Er, Steinbrück, sage voraus, dass eine CDU-geführte Bundesregierung diese Reform ebenso wenig zurücknehmen werde die wie die Ökosteuer; hier werde von der Union schon eifrig „zurückgekrabbelt“. Der Minister stellte fest: „Wir haben im Dezember Einbrüche bei den Steuereinnahmen von sage und schreibe 26 Prozent verzeichnet. Das hat es in diesem Ausmaß noch nicht gegeben und ist auch von den Experten nicht vorhersehbar gewesen.“ Grund für den Rückgang bei der Körperschaftsteuer sei vor allem der Konjunkturrückgang; die Körperschaftsteuerreform sei richtig gewesen und habe wettbewerbsfähig gemacht. Aber, daran ließ er keinen Zweifel, es könne nicht sein, dass große deutsche Kapitalunternehmen zunehmend auf eine Null-Steuerzahlung heruntergingen, „wenn sie von Jahr zu Jahr hohe achtstellige Betriebsergebnisse aufweisen“. Die Steuerlast in Deutschland dürfe nicht zunehmend von Einkommensteuerzahlern, Lohnsteuerzahlern und vom Mittelstand getragen werden. Der Minister verlangte ebenfalls eine neue Justierung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen. In Wirklichkeit gehöre auch die Europäische Union dazu. Die Debatte darüber werde zu führen sein vor dem Hintergrund der Tatsache, „dass wir mit Blick auf die Haushaltsaufstellung in ein extrem schwieriges Jahr 2003 gehen“.

Im weiteren Verlauf der Aktuellen Stunde ergriffen noch das Wort: **Helmut Diegel** (CDU), **Rüdiger Sagel** (GRÜNE), **Dr. Stefan Grüll** (FDP), **Volkmar Klein** (CDU) und **Sylvia Löhrmann** (GRÜNE).

★

Im weiteren Verlauf der Aktuellen Stunde ergriffen noch das Wort: **Helmut Diegel** (CDU), **Rüdiger Sagel** (GRÜNE), **Dr. Stefan Grüll** (FDP), **Volkmar Klein** (CDU) und **Sylvia Löhrmann** (GRÜNE).

Weiterer Schritt auf Suche nach Wahrheit: Kann Moderation Klärung näher bringen?

Ausschuss erörtert umstrittenes Pipelineprojekt in Ecuador

Nach dreieinhalb Stunden Darlegungen der geladenen Sachverständigen, Fragen der Abgeordneten und Antworten der Bank, der Umweltverbände und der Landesregierung vermochte Werner Jostmeier (CDU) nicht zu sagen, dass er der Lösung des Problems näher gekommen sei: „Was ist Wahrheit?“, wollte er am Ende der Beratung des ersten Tagesordnungspunktes wissen. Eine andere Richtung schlug Gabriele Sikora (SPD) ein: Ihre Fraktion respektiere die Entscheidung eines souveränen Staates, der Republik Ecuador – dort liege die Verantwortung für Umweltverträglichkeitsprüfung und Genehmigungsverfahren.

Der Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik war am 14. Januar unter dem Vorsitz von Ute Koczy (GRÜNE) zusammengekommen, um ein erneutes Mal die Finanzierung einer Ölpipeline durch Mittel der Westdeutschen Landesbank (WestLB) in einem Expertengespräch zu erörtern. Vor zahlreichen Zuhörern und Medienvertretern ging es dabei um den Bau einer 500 Kilometer langen Pipeline vom Fördergebiet am Amazonas im Osten des Landes zur Pazifikküste Ecuadors. Die unterirdisch verlegte Leitung soll durch Urwälder mit reicher Vegetation und Fauna führen, quert die Anden und geht an mehreren aktiven Vulkanen vorbei. Weil nicht zuletzt auch die einheimische indiansche Bevölkerung betroffen ist, schlagen Umweltschützer in Ecuador und Deutschland Alarm: Sie fordern nicht zuletzt unter Hinweis auf die Probleme mit der bereits

Prozent folge die neue dem Verlauf der vorhandenen Pipeline. Ein hoher technischer Stand sowie die sichere und moderne Wartung seien gewährleistet. Das südamerikanische Land, fuhr er fort, habe sich die Entscheidung nicht leicht gemacht und zudem im Vorfeld eine neue, fortgeschrittene Umweltgesetzgebung verabschiedet. Ein privatwirtschaftlicher und umweltverträglicher Betrieb durch die Betreibergesellschaft sei sichergestellt. Die Planung der neuen Pipeline sei auf der Basis der Standards der Weltbank durchgeführt worden. Die WestLB habe auf der Grundlage eben dieser Standards ein eigenes Gutachten in Auftrag gegeben; das sei ein bei internationalen Projekten übliches Vorgehen.

Von einem Rückzug aus der Finanzierung wollte der Banksprecher nichts wissen; das wäre ein Vertragsbruch, würde zu Schaden-

empfindlichen Gebieten statt und gefährde die indigene Bevölkerung, die darunter sehr zu leiden habe und am Rande der Ausrottung stehe. Die Route durchquere zahlreiche erdbebengefährdete Gebiete und führe an sechs aktiven Vulkanen vorbei. 30 Jahre Erdölförderung hätten die Verschuldung des Staates im Ausland um das 72fache steigen lassen. Die soziale Lage der Bevölkerung habe sich verschlimmert. Ihr eindringlicher Appell: „Das deutsche Volk soll ein solch risikoreiches Projekt hier nicht zulassen.“

Auch Heffa Schücking, die dritte Expertin, die in diesem Sachverständigengespräch zu Wort kam und für die Umwelt- und Menschenrechtsorganisation „Urgewald“ sprach, lehnte die vorgesehene Trassenführung kategorisch ab. Sie durchkreuze sieben Schutzgebiete sowie die Pufferzonen von vier weiteren Schutzgebieten mit der weltweit höchsten Konzentration an Artenvielfalt; damit würden die Bemühungen internationaler Naturschutzorganisationen konterkariert. Sie erhob den Vorwurf, bei diesem Projekt sei die in den Standards der Weltbank vorgeschriebene Konsultation der betroffenen Bevölkerungsgruppen im Lauf der Umweltverträglichkeitsprüfung unterlassen worden. Der abzusehende Ölboom in den letzten intakten Amazonaswäldern werde zu einer großflächigen Enteignung und Zerstörung indigener Territorien führen. Das alles, so schloss sie, weise die Unkenntnis der WestLB bezüglich der tatsächlichen Inhalte der Weltbankstandards nach und „zeigt gravierende Mängel und Unterlassungen in der Kreditrisikoprüfung des Auslandskreditgeschäfts der WestLB auf“. Die Mängel seien so gravierend, schloss sie, dass sie durch nachgeschaltete Schlichtungsverfahren nicht behoben werden könnten. Die Landesregierung solle sich als Hauptaktionär der Bank „für eine grundlegende Reform des Umweltmanagements und der Kreditprüfungsverfahren der WestLB einsetzen“.

In der Fragerunde regte Edith Müller (GRÜNE) an, die Bank sollte alle Gutachten auf den Tisch legen, die noch unbekannt seien und sich damit einverstanden erklären, dass diese dann von einer unabhängigen Kommission zur Bewertung vorgelegt werden, „damit es am Ende möglichst einen Konsens gibt“. Dietmar Brockes (FDP) meinte, es sei Aufgabe des Ausschusses, für mehr Transparenz und Aufklärung zu sorgen, aber: „Wir sind nicht der Aufsichtsrat der WestLB!“ Die Umweltministerin des Landes, Bärbel Höhn (GRÜNE), erweiterte die Forderung eines Moderationsverfahrens: Über die Gutachten hinaus sollten auch alle beteiligten Gruppen mit einbezogen werden. Der zweite Vertreter der Landesregierung, Finanzstaatssekretär Dr. Harald Noack, schlug der Bank vor, die Kritik im weiteren Prozess konstruktiv aufzugreifen und die Diskussion durch Moderation zu versachlichen.

Die Ausschussvorsitzende Ute Koczy konstatierte „handwerkliche Fehler“ bei der Beschlussfassung durch die Pipeline-Betreibergesellschaft. Bei der neuen Leitung dürfe „kein Tropfen Öl austreten“; und Umweltschäden müssten zu 100 Prozent wieder gutgemacht werden. Der SPD-Abgeordnete Bernhard von Grünberg wollte schließlich wissen, wie das Öl vom Bohrloch zur Pipeline geschafft werden: per Lkw? Es seien dafür weitere Rohrleitungen erforderlich, über die zurzeit nicht geredet werde, die aber zu weiteren Zerstörungen im Amazonasgebiet führen werden, erläuterte Yvonne Ramos.

Eigens aus ihrer Heimat zum Expertengespräch in Düsseldorf angereist war die Sprecherin der Accion Ecologica, Ivonne Ramos, hier mit einer Darstellung des Verlaufs der geplanten Ölpipeline.

Foto: Schälte



vorhandenen ecuadorianischen Pipeline, auf die neue zu verzichten. Die WestLB dagegen hält als Führerin eines internationalen Bankenkonsortiums an dem 900-Millionen-US-Dollar-Projekt fest: Alle Umweltstandards würden eingehalten.

WestLB-Vorstandsmitglied Andreas Seibert beklagte „oft verwirrende, die tatsächliche Situation nur unzureichend beschreibende Darstellungen“ in der Sache und machte auf die wirtschaftliche Bedeutung der Erdölförderung für einen der zehn ärmsten Staaten Südamerikas aufmerksam. Die größten wirtschaftlichen Chancen für dieses Land lägen in der wirtschaftlichen Erschließung der umfangreichen Erdölvorräte; Seibert betonte, mit der neuen Pipeline wäre eine Verdoppelung der Erdölproduktion möglich. Nur drei Prozent der Strecke beträfen ökologisch besonders sensible Gebiete, zu 90

ersatzforderungen führen und „den Unternehmenswert sowie die Marktposition der Bank schwächen“. Auswirkungen auf die Finanzierung hätte allenfalls ein Vertragsbruch der anderen Seite: „Der ist zurzeit nicht im Ansatz erkennbar.“

Ivonne Ramos, Sprecherin der Umweltschutzorganisation „Accion Ecologica“, hielt die nordrhein-westfälische Landesregierung als WestLB-Anteilseigner für das Projekt mitverantwortlich und bat, es zu stoppen: Die Standards der Weltbank würden eben nicht erfüllt – im Gegenteil, sie seien von Anfang an verletzt oder gar nicht erst angewendet worden. Wenn nun davon gesprochen wird, diese Standards würden zum jetzigen Zeitpunkt zu Grunde gelegt, dann sei das eine „Farce“. Die Erdölförderung in Ecuador sei mit hohen Umweltbelastungen verbunden, finde in ökologisch sehr

Unklarheit über V-Mann gefährdet Verbotsantrag

„Die Schuld liegt nicht in Nordrhein-Westfalen.“ Übereinstimmend bescheinigten die beiden Abgeordneten Jürgen Jentsch (SPD) und Dr. Hans-Joachim Franke (CDU) dem nordrhein-westfälischen Innenminister, dass ihn keine Verantwortung an der Informationspanne gegenüber dem Bundesverfassungsgericht (BVG) trifft. NRW-Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) hatte zuvor den Mitgliedern des Innenausschusses (Ausschussvorsitzender Klaus Stallmann, CDU) am 23. Januar in einer Sondersitzung zum Thema „Aussetzung der Verhandlung zum NPD-Verbot beim Bundesverfassungsgericht“ Bericht erstattet. Am Tag darauf befasste sich auch das Plenum mit diesem Sachverhalt, zugrunde lag dabei die Dringliche Anfrage der FDP-Abgeordneten Marianne Thomann-Stahl.

Eher nebenbei, so hatten die Karlsruher Richter gerügt, hätten sie vom Bundesministerium des Inneren (BMI) kurz vor den ersten fünf für Februar geplanten Terminen zur Anhörung von so genannten Auskunftspersonen erfahren, dass einer dieser von den Prozessbevollmächtigten benannten „Zeugen“ über eine amtliche Aussagegenehmigung verfügt. Es handelte sich dabei um einen ehemaligen V-Mann des nordrhein-westfälischen Landesamtes für Verfassungsschutz, der seit 1962, wie der Minister mitteilte, für das Amt gearbeitet habe und 1995 „abgeschaltet“ worden sei, weil er, so der Minister, „immer radikaler wurde und wir keinen Agent Provocateur haben wollten“. Dieser Verfahrenszeuge war von NRW benannt und von anderen in die Materialsammlung zur Begründung des Verbotsantrags von Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung aufgenommen worden. Bei



Die Stunde der Fraktionssprecherinnen und -sprecher schlug in der letzten Sitzung des Hauptausschusses unter dem Vorsitz von Edgar Moron (SPD). Dorothee Danner (SPD), Werner Jostmeier (CDU), Marianne Thomann-Stahl (FDP) und Sylvia Löhrmann (GRÜNE, v. l.) freuten sich über die Einigung in Sachen Kinderrechte in der Landesverfassung und votierten zusammen mit ihrer Fraktion einstimmig für den Gesetzentwurf, der anschließend vom Landtag in der letzten Woche in zweiter und dritter Lesung verabschiedet wurde. Die vier Parlamentarier kamen als Sprecher der Fraktionen zudem überein, ihre Vorstellungen zum CDU-Gesetzentwurf über Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen auszutauschen; die SPD werde ihren Beratungsstand den anderen Fraktionen vorlegen. Die Themen Verkleinerung des Landtags und Einführung von mehr plebiszitären Elementen in die Landesverfassung werden den Hauptausschuss ebenfalls in den nächsten Wochen weiter beschäftigen.

Fotos: Schälte

dieser Person habe das Land darauf gedrängt, bei ihren Aussagen „zurückhaltend zu sein und diese nicht in den Mittelpunkt zu stellen“. Er, Behrens, habe im April vergangenen Jahres von der Existenz dieses V-Mannes erfahren, dem BMI sei dieser Umstand im August 2001 mitgeteilt worden. Trotz der telefonischen Aufforderung des Gerichts, das BMI möge den Umstand dem Gericht schriftlich mitteilen, war dies unterblieben.

Was die juristische Wertung der Einbeziehung des Materials angehe, so seien die Prozessbevollmächtigten übereinstimmend der Meinung gewesen, dass die Angelegenheit für den weiteren Fortgang des Verfahrens nicht „prozesserheblich“ sei und darum auch nicht mitgeteilt zu werden brauche. Der Minister fügte hinzu: „Auch ohne die Einbeziehung seiner Aussagen würde der Antrag beim Bundesverfassungsgericht aussichtsreich sein können.“ Dennoch: Aus Rechtsgründen widerspreche nichts der Verwendung dieses Materials.

Die Mitglieder des Ausschusses ließen keinen Zweifel an ihrem fortbestehenden gemeinsamen Interesse an einem Verbot der rechtsextremen NPD: Der Antrag dürfe

durch diesen „Skandal“ (Theo Kruse, CDU) keinen Schaden nehmen, zumal „wir weiterhin von der Stichhaltigkeit der Argumente im Verbotsantrag überzeugt sind“. Vom Bundesinnenminister seien schwere Fehler eingeräumt worden, führte Horst Engel (FDP) aus, dem BVG „einen solchen Anhörungszeugen zu präsentieren“, da hätten sich alle Beteiligten „bis auf die Knochen“ blamiert. Monika Düker (GRÜNE) sagte: „Das Verfahren hat immer noch Bestand; es soll wegen einer Person nicht scheitern“; es gehe um die Sache, an der habe sich nichts verändert. Frank Baranowski (SPD) appellierte, „auch in einer solch unappetitlichen Situation das Ziel des NPD-Verbots nicht aus den Augen zu verlieren“. Darum sei der Versuchung zu widerstehen, „dem Minister am Rockzipfel ziehen zu wollen“. Der Innenminister schließlich sagte, das BVG sei von der nicht zutreffenden Annahme ausgegangen, bei der in den Unterlagen genannten Auskunftsperson — eine von insgesamt 14 — handele es sich wegen der amtlichen Aussagegenehmigung um einen aktiven Verbindungsmann des Verfassungsschutzes. Diesen Irrtum rechtzeitig auszuräumen, sei von der Bundesseite unterlassen worden.



Als Vertreter der Rhein-Ruhr-Region hat der Düsseldorfer Oberbürgermeister Joachim Erwin (l.) dem Sportausschuss des Landtags (Vorsitzende Gisela Hinnemann, CDU, Mitte) den aktuellen Stand der Vorbereitungen für die Olympiabewerbung 2012 geschildert. Sportminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE, r.) machte darauf aufmerksam, dass die Bewerbungskonzeption bis zum 15. Mai dieses Jahres dem Nationalen Olympischen Komitee (NOK) vorliegen müsse. Diese zu erstellen sei vordringlichste Aufgabe aller Beteiligten. Der Minister berichtete zudem, dass sich eine Reihe von Großsportanlagen im Stadium der Realisierung durch Aus- bzw. Neubau befinden. Ein Baseballstadion werde in Bonn, eine Kanu-Slalom-Strecke an der Wedau in Duisburg sowie ein Schwimmstadion in Essen gebaut. Der Standort für eine Mountainbike-Strecke stehe noch nicht fest. Ein weiterer Sitzungsschwerpunkt war die Vorstellung eines Pakts für den Sport zwischen der Landesregierung und dem Landessportbund, der zugleich der Olympiabewerbung der Rhein-Ruhr-Region den nötigen Rückenwind geben soll.

Foto: Schälte

BKA: Weiterhin mit aller Kraft dem Terrorismus auf der Spur

Innenausschuss informiert sich über Zusammenarbeit mit Länderpolizeibehörden

Unter Leitung des Vorsitzenden Klaus Stallmann (CDU) hat sich der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform Anfang des Monats beim Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden – siehe Bild unten – aufgehalten, wo er durch den Präsidenten des BKA, Dr. Ulrich Kersten, begrüßt wurde. Anlass der Reise war der Wunsch nach Informationen im Zusammenhang mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001, zur Bekämpfung des (auch islamistischen) Terrorismus, der Organisierten Kriminalität, Kinderpornografie im Internet und zu den weiteren Aufgaben des BKA als Datensammelstelle der Landeskriminalämter und Polizeidienststellen. Das BKA zählt derzeit rund 4 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von denen die Hälfte in der Datenverarbeitung, im Ermittlungsdienst und der Kriminaltechnik und -forschung tätig ist.

Terrorismus berichtet. Da eine anhaltende Bedrohung bestehe, wurde eine besondere Aufbauorganisation mit 600 Mitarbeitern gegründet, von denen immer noch 500 im Einsatz sind. Von 20 000 Spuren, die aus Hinweisen seitens der Bevölkerung kämen, wären inzwischen 13 000 abgearbeitet. Neue Erkenntnisse hätten die Verhaftungen und Durchsuchungen in Afghanistan erbracht. So hätten sich Hinweise auf Verbindungen von Al-Quaida-Kämpfern zu Verdächtigen in der Bundesrepublik Deutschland ergeben.

Allerdings sei die Auswertung gefundener Datenträger sehr zeitaufwendig und personalintensiv. Jetzt werde die Kooperation mit Ermittlungsbehörden und Nachrichtendiensten im internationalen Bereich intensiviert. Die internationale Zusammenarbeit laufe über amerikanische Verbindungsbeamte in Deutschland. Daneben erfolge die Kooperation mit den Nachrichtendiensten: Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst stellen Verbindungsleute ins BKA ab und umgekehrt. Ein so genanntes „Information Board“ diene dem Austausch von Erkenntnissen und solle Doppelarbeit verhindern.

Zum Netzwerk der islamischen Mujaheddin zählt das BKA die Al-Quaida, die non-allied Mujaheddin und als dritte Gruppe den ägyptischen Djihaad und andere, die eine islamistische Weltherrschaft anstreben.

Auf Anfrage von Gerd Peter Meinecke (SPD) kam die Diskussion auf die Interpretationsschwierigkeiten bei der Übersetzung arabischer Dialekte und die Mehrfachbedeutung vieler Begriffe. Von Horst Engel (FDP) auf die Meldungen über Vorbereitung der Anschläge von deutschem Boden aus und deren Durchführung in den USA angesprochen, meinte ein Mitarbeiter des BKA, es handele sich teilweise um untaugliche Versuche, Verantwortung abzuschieben. Die so genannten Schläfer hätten sich in Deutschland aus polizeilicher Sicht völlig normal und unauffällig verhalten. Auch in

anderen europäischen Ländern wären nach den Anschlägen militante Gruppen mit arabischem Hintergrund ausgehoben worden.

Auf die Frage von Monika Düker (GRÜNE), wie sich die Umsetzung der Sicherheitspakete auswirke, verwies Präsident Kersten in erster Linie auf die Sicherheitsdienste. Wolle man sich dem Phänomen des islamischen Terrorismus nähern, sei langfristig statt Krieg eher „Intelligence“ das probate Mittel.

Ausschussvorsitzender Klaus Stallmann (CDU) kam auf die Rasterfahndung zu sprechen, die unter Datenschutzaspekten Misstrauen in der Bevölkerung hervorgerufen hatte. Was die bei großen Energieversorgungsunternehmen abgefragten Daten von männlichen Mitarbeitern einer bestimmten Altersgruppe anbelange, habe der Bundesbeauftragte für Datenschutz keine Einwände erhoben, da dies auf dem Prinzip der Freiwilligkeit erfolge sei. Die freiwillige Datenübermittlung sei auch nicht strafbar, sondern durch das BKA-Gesetz legitimiert, war in Wiesbaden zu erfahren.

Zu den weiteren Diskussionspunkten gehörten Einrichtung und Nutzen der Gewalttäterdateien „Gewalttäter rechts, Gewalttäter links, politisch motivierte Ausländerkriminalität“, Kinderpornografie im Internet sowie die Aufgaben der Fachbereiche des Kriminaltechnischen Instituts (DNA-Analytik und Sprengstoffuntersuchungen).

Der Ausschussvorsitzende Stallmann zog die abschließende Bilanz so: Der Besuch habe zu einer angeregten Diskussion geführt und den Abgeordneten des Innenausschusses neue Erkenntnisse gebracht. Er bedanke sich für die Vorträge und drückte seine Freude aus, dass sich der Präsident des BKA und der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) Zeit für die Gespräche genommen hätten.

Wolfgang Fröhlecke





Manchmal ungemütlich für den Finanzminister sind die kritischen Fragen der Opposition im Haushaltsausschuss, hier (l.) der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Helmut Diegel, dahinter der „Rechen-Guru“ des Finanzministeriums, Ministerialdirigent Dr. Berg, Minister Peer Steinbrück (r). Foto: Schälte

Dank an den Haushaltsausschuss

In der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 10. Januar dankte Finanzminister Peer Steinbrück dem Ausschuss ausdrücklich für das der Landesregierung einmütig erteilte Mandat für die weiteren Verhandlungen zur Rettung der LTU einschließlich der vier „notwendigen“ Bedingungen. Auf Bitten des Vorsitzenden Volkmar Klein (CDU) berichtete er zum aktuellen Stand und teilte mit, der Jahresabschluss 2001 der LTU falle etwas günstiger aus, als im Dezember absehbar.

Der HFA war am 20. Dezember 2001 wegen der dramatischen Finanzsituation der Düsseldorf Charterfluglinie einberufen worden und hatte bis in die Nachtstunden zusammen mit der Landesregierung um die Bedingungen zur Gewährung einer Landesbürgschaft gerungen. Mit dem Mandat des Ausschusses sei es gelungen, eine Unternehmensberatung für die Kreditgeberpflichten zu gewinnen, die Laufzeit der Rettungsbeihilfe für Kredite durch die EU bis zum Jahresende 2002 zu verlängern und die

Banken auf zehn Prozent Eigenrisiko zu verpflichten, sagte Minister Steinbrück. Ohne den direkten Kredit der Firma Rewe in Höhe von 40 Millionen und die Rückbürgschaft in gleicher Höhe hätte er den Bürgschaftsantrag nicht unterzeichnen können. Nun sei es dringend erforderlich, zusätzliche Investoren zu suchen. Die am Geburtstag des Ministers nach Abwicklung der Tagesordnung verbleibende restliche Anwesenheit nutzte Helmut Stahl (CDU) zur Frage nach den Einsparvorschlä-

gen des Finanzministers, über die es laut Presseberichten zwischen den Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNEN zu keiner vollständigen Einigung gekommen war. Minister Steinbrück berichtete von weiteren dramatischen Verlusten bei der Körperschaftsteuer. „So etwas hat es noch nie gegeben.“ Alle Schätzungen würden übertroffen. Die Ankündigung hoher dreistelliger Millionenausfälle könne schlaflose Nächte bereiten. Bei der Aufstellung des Haushalts 2003 werde es nicht ausreichen, die Sollansätze von 2002 zu überrollen. Steinbrück bat die Fraktionen um konstruktive Mitarbeit, auch bei der Sicherung fester Einnahmen auf allen drei Ebenen Bund, Länder und Gemeinden.

Sparvorschläge

Dr. Stefan Grüll (FDP) bat darum, dem Ausschuss die Sparvorschläge des Finanzministeriums in Höhe von 1,5 Milliarden Mark zur Kenntnis zu geben, die der rot-grünen Sparkommission vorgelegen hätten, und darum, Vorschlägen aus der Opposition auch einmal zuzustimmen. Helmut Stahl (CDU) bemerkte, Bemühungen um Haushaltsausgleich nur auf der Einnahmeseite bedeuteten Steuererhöhungen und eine weiterhin zu hohe Staatsquote. Michael Groschek (SPD) erwartete von der CDU eine neue Qualität von Haushaltsberatungen anstelle von Mehrforderungen und fragwürdiger Deckungsvorschläge. Es gehe jetzt um die zentrale Frage nach der Finanzierung der künftigen Aufgaben des Staates. Edith Müller (GRÜNE) wollte erfahren, wie die globale Minderausgabe realisiert werde. Dr. Ingo Wolf (FDP) warf Regierung und Koalition vor, nicht mal die eigenen Einsparmöglichkeiten zu schaffen, etwa bei der Veräußerung von Landesbeteiligungen. In der Aussprache über einen CDU-Antrag „Chancen der Globalisierung für den Mittelstand“ hatte der Minister hierzu die Landesanteile am Flughafen Köln/Bonn und an den beiden Messegesellschaften erwähnt, während er die Neuorganisation der WestLB durch eine solche Diskussion nicht zusätzlich zu belasten empfahl. Ernst-Martin Walsken (SPD) stellte fest, die strukturellen Ergebnisse der Einspar-Kommission seien viel größer, als das (veröffentlichte) Volumen erkennen lasse.

Ausschuss-Anhörungen im Landtag

Für die kommenden Wochen planen mehrere Ausschüsse öffentliche Anhörungen von Sachverständigen zu Landesthemen mit Handlungsbedarf. Nachstehend die Termine.

Innenausschuss: Donnerstag, 31. Januar, 13.30 Uhr, Bürokratieabbaugesetz (Drs. 13/887).

Verkehrsausschuss: Dienstag, 19. Februar, 14.30 Uhr, CDU-Antrag „Innovative Finanzierungsmodelle für den Straßenbau“ (Ortsumgehungen, Radwege, Drs. 13/1233).

Wissenschaftsausschuss: Donnerstag, 21. Februar, 10.30 Uhr, FDP-Antrag „Fachhochschulen stärken — Kapazitäten ausbauen“ (Drs. 13/1882).

Haushaltskontrollausschuss: Dienstag, 26. Februar, 13.30 Uhr, Transparenz der Finanzkontrolle (Drs. 13/1517).

Frauenausschuss: Montag, 11. März, 10.00 Uhr, zum Thema „Gender Mainstreaming“.

Hauptausschuss: Donnerstag, 14. März, 10.00 Uhr, Änderung Sonn- und Feiertagsgesetz.

Haushaltsausschuss: Donnerstag, 18. April, 11.00 Uhr, Sicherung und Senkung öffentlicher Versorgungsleistungen.

Junge Forscher

Das Paul-Clemen-Stipendium 2001 für auszeichnungswerte Forschungsarbeiten zur rheinischen Kunstgeschichte erhielten Dr. Johanna Christine Gummlich-Wagner für ihre Dissertation „Bildproduktion und Kontemplation. Ein Überblick über die Kölner Buchmalerei in der Gotik unter besonderer Berücksichtigung der Kreuzigungsdarstellung“ und Dr. Steffen Skudelny für seine Dissertation „Laurenz Mefferdatis (1677—1748) — Bürgerhäuser und Hofanlagen in Aachen und Umfeld“. Bei den Laudationes äußerte sich Winfried Schittges als Vorsitzender der Landschaftsversammlung Rheinland erfreut darüber, dass sich trotz der schlechten Ergebnisse der Pisa-Studie für das deutsche Bildungssystem immer wieder junge Menschen den Mühen der Forschung stellen.

RTL fühlt sich in NRW wohl

Der Medienausschuss des Landtags besuchte am 18. Januar unter Leitung seiner Vorsitzenden Claudia Nell-Paul (SPD) den Fernsehsender RTL in Köln (Foto unten). RTL-TV-Geschäftsführer Gerhard Zeiler informierte den Ausschuss über aktuelle Entwicklungen in der Branche.

Um die für die Landespolitiker angenehmste Botschaft vorwegzunehmen: „Wir fühlen uns nicht nur sauwohl, sondern wir sind ein ganz klarer Nordrhein-Westfalen-Sender“, sagte Zeiler nach seinem Vortrag. In der Diskussion hatte Vorsitzende Nell-Paul geäußert, das Land sei stolz auf den Standort des Marktführers beim Privatfernsehen. Zeiler weiter: „Von NRW aus haben wir die Bundesrepublik erobert.“ Weniger optimistisch klangen seine Ausführungen zum Werbemarkt, wonach Marc Jan Eumann (SPD) gefragt hatte. In der Sparte neue Medien, einem Zukunftspfeiler, in den RTL 50 Millionen Mark investiere, habe RTL noch keine „Personalmaßnahmen“ getroffen. Für die Zukunft sei das aber nicht ausgeschlossen.

Nummer Eins in Europa

Als Wunsch an den Gesetzgeber, von Lothar Hegemann (CDU) erfragt, nannte er das Bündeln der Filmförderung. RTL zahle bereits an den Bund, in München und (am meisten) in NRW. Wenn der Bund aber Unsummen verlange, könne RTL nicht länger mehrfach zahlen: „Aufpassen, was der Bund beschließt.“ Beim Ausbau des Kabelnetzes in Deutschland gerate zuviel Macht in eine Hand, antwortete er auf Fragen von Tanja Brakensiek (CDU), Oliver Keymis (GRÜNE) und Dr. Stefan Grüll (FDP). Liberty, Ish und Callaghan machten sich zum Nadelöhr der gesamten Macht. 55 Prozent der 35 Millionen deutschen Haushalte empfangen über Kabel. Es drohe ein Monopol, und Fernsehen werde teurer, für die Sender und für die Konsumenten. Das wolle RTL nicht, das gehe zu weit. „Wir wollen den Ausbau des Kabelnetzes, aber nicht alle Spielregeln über den Haufen werfen.“ Erstmals stünden deshalb Öffentlich-Rechtliche und Private zusammen.



Deutlich nach unten bewegen sich die Zahlen im Werbemarkt, erläuterte RTL-TV-Geschäftsführer Gerhard Zeiler (l. neben Vorsitzender Claudia Nell-Paul) den Medienpolitikern des Landtags. Im Jahr 2002 falle der Werbe-Umsatz auf das Niveau von 1997, bestenfalls 1999 zurück. Bessere Wirtschaftsdaten erwartet RTL erst 2003.

Die Programme öffentlich-rechtlicher und privater Sender glichen sich an, erhielt Dr. Grüll zur Antwort auf eine weitere Frage. RTL habe Regionalnachrichten übernommen, „erzwungen vom Gesetzgeber“. Wettbewerb sei gut, sollte aber gegliedert sein wie in Großbritannien (gebühren- und werbefinanzierte Sender).

Zum Wertewandel sagte Zeiler, Medien könnten keine Trends setzen, sondern sie höchstens verstärken oder abschwächen. Zum Big-Brother-Trend: RTL wolle „sich emanzipieren“ von der älteren Generation, und: „Diese Kinder haben ein anderes Verhältnis zur Privatheit.“

Einige Superlative aus Zeilers Vortrag: RTL ist Nummer Eins in Europa (Fernsehen und Radio), weltweit führender Fernsehproduzent, größter Rechthändler und führend bei Online-Angeboten. RTL erreicht täglich bis zu 150 Millionen Zuschauer und Hörer. Die Zielgruppen-Strategie erläuterte er wie folgt: Bei RTL Television sei es die ganze Familie, Vox sei „frauenaffin“. Beide richteten sich an 14- bis 49-Jährige. RTL II sei „männeraffin“, und zwar für Zuschauer „bis 29 Jahre“. Super-RTL: „Kinderkanal“ und RTL-Shop zum „Kaufenkauferkaufen“.

Zielgruppe 14 bis 49 Jahre

Beim Informationsprogramm habe RTL zu den Öffentlich-Rechtlichen aufgeschlossen und nehme bei den Hauptnachrichtensendungen hinter dem ZDF den zweiten, bei 14- bis 49-Jährigen den ersten Platz ein. Bei den Zuschauerbedürfnissen stellt RTL einen Wertewandel fest. Zunächst „mehr Es-

kapismus“. Darunter wird in der Psychologie ein Flucht- oder Ausweichverhalten verstanden, was beim Fernsehen als Wechsel zu anderen Sendern oder gar „Flucht“ vorm Fernsehen überhaupt gedeutet werden kann.



Bei der Führung in Studios und Regieräume des RTL durch Technikmanager Jürgen Lieder (Foto) fiel immer wieder der Name Peter Klöppel, der durch herausragende Moderation der Nachrichten am 11. September 2001 berühmt wurde.

Programme „zum Wohlfühlen“

Für die Landespolitiker nicht uninteressant dürften auch die weiteren Zuschauer-Bedürfnisanalysen des RTL-Geschäftsführers gewesen sein. Bei den unter 50-Jährigen nehme die Familienorientierung zu. Die Ansprüche an die Moral in Sendungen seien gestiegen, ebenso der Gemeinschaftssinn („Patriotismus“). Mit einem erhöhten Sicherheitsbedürfnis gehe eine Tendenz zu mehr Gefühl anstelle von Gewalt einher. Statt „action“-Filmen würden Familienserien bevorzugt, insgesamt mehr Programme „zum Wohlfühlen“ und zum Lachen.

Als Programmtrends ermittelte RTL unter anderem, dass das Tempo bei Veränderungen wächst und dass die Programmangebote schneller „verbrennen“ („höhere burn-out-Raten“). Event-TV werde immer wichtiger. Reines Kopieren von US-TV-Ideen sei nicht mehr möglich. Es werde mehr „alte Formate“ in neuen Gewändern geben.



Hilferuf einer ratlosen Familie

16-Jährige auf „rechten“ Abwegen

„Kludia (Name geändert, d. Red.) sackt unseres Erachtens immer weiter in den rechten Sumpf ab“, schrieben ein besorgter Vater und Kludias Schwester an den Petitionsausschuss und baten um Hilfe. Sie fühlten sich von der städtischen Jugendhilfe wie Angeklagte behandelt und ihre Tochter als Sündenbock. In 20 Monaten werde sie volljährig. Sie wüssten nicht mehr weiter. Kludia gehe nicht mehr zur Schule und stromere tagelang herum, ohne sich zu Hause zu melden. Die Mutter der Familie mit drei Kindern war vor fünfzehn Jahren verstorben.

Kludia war im Alter von acht Monaten als Pflegekind von der Familie aufgenommen und wurde von ihr bald adoptiert. Sie genoss die gleiche Erziehung wie die leibliche Tochter und deren Bruder. Schon in der Grundschule stellte sich ihr besonderes Talent als Läuferin heraus. Sie wurde mehrfache Westfalenmeisterin. Als sie etwa 15 Jahre alt war, begannen die Schwierigkeiten. Sie schrie Anwesende an, klinkte

manchmal völlig aus und stahl. Nach dem plötzlichen Tod ihres Trainers wuchs sie in eine rechte Szene hinein und hatte später einen der schlimmsten Chaoten zum Freund. Nicht selten komme sie volltrunken, wenn überhaupt, nach Hause, klagte der Vater. Sie schrecke auch vor Gewalt nicht zurück.

Das Jugendamt, um Hilfe gebeten, bot „flexible Erziehungshilfe“ an. Die bedrohte Fa-

milie hielt jedoch eine auswärtige Unterbringung für am sinnvollsten, auch um die Verbindung zum rechten Spektrum zu unterbrechen. „Betreutes Wohnen“, wie vom Vater beantragt, lehnte das Amt aber ab, da es Kludia noch mehr entfremden könne und da Kludia dem zustimmen müsste.

Als auf diesen Hilferuf hin ein Sachbearbeiter des Petitionsreferats Kontakt zu dem Amt aufnahm, rührte sich etwas. Der Leiter stellte sich mit zwei Mitarbeiterinnen einem Gespräch. Und es wurde Kontakt zu Kludia aufgenommen, nicht nur vom Schreibtisch aus und per Brief, sondern vor Ort, wo das Mädchen anzutreffen war. Kurz darauf wurde dem Vater Erziehungshilfe angeboten. Kludia nahm das Beratungsangebot nach einem Hilfeplan des sozialpädagogischen Zentrums an. Ihre Unterbringung in einem Mädchenwohnheim wurde in die Wege geleitet. Mit der Bemerkung, der Plan könne zum Erfolg führen, wenn alle Beteiligten zur Zusammenarbeit bereit seien, konnte die Bearbeitung der Eingabe abgeschlossen werden.

Ärger beim Hausbau

Ein Diplomingenieur und Energieanlagen-elektroniker verlangte vom Petitionsausschuss, ihm bei der Aufhebung des Urteils des Amtsgerichts behilflich zu sein: „Ich erkenne das Urteil nicht an, da es durch Prozessbetrug entstanden ist ... Ich habe einige tausend Mark verloren, wurde beleidigt, gedemütigt, genötigt, bedroht, durch Anwalt verraten.“ Worum es ging, war bei den Angriffen auf die Justiz und der Flut von Anschuldigungen nicht leicht zu erkennen.

Die vom Justizministerium um Stellungnahme gebetene Präsidentin des Landgerichts

Essen stellte klar: Eine Elektrofirma hatte bei neuen Einfamilienhäusern Elektroarbeiten auszuführen. Der Petent erteilte zusätzliche Installationsaufträge für eine Alarmanlage, zahlte 6 500 Mark an. Die Restforderung der Handwerksfirma in Höhe von 3 350 Mark verweigerte er zu zahlen wegen unvollständiger und mangelhaft ausgeführter Arbeiten. Im Klageverfahren wurde, auch aufgrund eines Sachverständigengutachtens, der Petent zur Zahlung von 1 435 Mark verurteilt. Seine Vorwürfe: Mehrfach seien Sammelrohre verlegt, aber Einzelrohre, und zwar mit „utopischen Längenangaben“, berechnet worden. Dasselbe gelte für Kabel und Leitungen. Die Elektrofirma habe keine Ahnung

gehabt, wie eine Alarmanlage fachgerecht installiert werde. Die Anlage entspreche nicht seiner Bestellung. Die Anschlussdose an der Haustür fehle, ebenso die Leitung für die Außenmelder.

Er legte keine Berufung gegen das Urteil ein, sondern erstattete Strafanzeige wegen Rechtsbeugung und Beihilfe zum Prozessbetrug gegen die Richterinnen. Das Ermittlungsverfahren wurde wegen unzureichenden Tatverdachts eingestellt. Der Generalstaatsanwalt prüfe nun die Beschwerde des Petenten dagegen, teilte ihm der Petitionsausschuss mit und wies darauf hin, dass er sich nicht in Justizverfahren einschalten könne.

Mautstraßen und Schienenbetreiber

Straßenbau-Programme und das Schienenkonzept für den Güterverkehr waren Themen von Vorträgen in der von Manfred Hemmer (SPD) geleiteten Sitzung des Verkehrsausschusses am 17. Januar.

Zum Straßenverkehr trug Abteilungsleiter Bernd Ketteniß (Verkehrsministerium) die Planungen für die Metropolregion Rhein-Ruhr vor, vor allem zum sechsstufigen Ausbau von stark befahrenen Autobahn-Teil-

strecken. Auf eine anschließende Frage aus dem Ausschuss teilte er mit, eine Machbarkeitsstudie zum privaten Betrieb von Mautstrecken sei für 300 000 Mark in Auftrag gegeben worden. Weitere Fragen der Abge-

ordneten bezogen sich auf Lärmschutz und auf die Durchlässigkeit an neuralgischen Engpässen bei geplantem sechsstufigen Ausbau von Autobahnen, auf einzelne Ausbaumaßnahmen und auf die Rolle des Landesbetriebs Straßenbau im Wettbewerb privater Betreiber. Betriebsgesellschaften oder der beauftragte Landesbetrieb erhielten einen Sockelbetrag von 50 Prozent, der „Rest“ solle aus der LKW-Maut finanziert werden, teilte Minister Ernst Schwanhold dazu mit. Noch vor der Sommerpause wolle sich die Verkehrsministerkonferenz über Grundzüge für den neuen Bundesverkehrswegeplan einigen. Es solle neue Kategorien mit drei Stufen der Umsetzung geben. Vor der Zustimmung zum LKW-Mautgesetz wollten alle Länder im Bundesrat die Zweckbindung der Mittel erreichen.

Klaus Hübner und Frau Dr. Rumpf erläuterten das Schienenkonzept für den Güterverkehr in NRW des Ingenieurbüros Spiekermann. In fünf Teilregionen sollen regionale Infrastrukturgesellschaften unter öffentlicher Beteiligung Schienengüterverkehr organisieren. Privatisierte „NE-Bahnen“ (früher: nicht bundesbahneigene Schienen) sollten als Unternehmer auftreten und Trassenentgelte an die Deutsche Bahn AG zahlen, deren Höhe wettbewerbsfähig sein müsse. In den Teilräumen müssten Unternehmen und Expeditionen zusammenarbeiten, um die Transportpotentiale zu optimieren. Zum Einstieg schlägt das Ingenieurbüro „eine durch das Land organisierte Plattform für konkrete Arbeitskreise“ vor.



Immer aktuell informiert werden über die Planungen des Ministeriums möchte der Verkehrsausschuss, aber auch kritische Fragen stellen. Auf dem Foto: Mitglieder der SPD vorn, dahinter GRÜNE- und FDP-Abgeordnete. Foto: Schälte

Wirtschaftsausschuss in Gelsenkirchen

Führender Zulieferer für Windenergie

Der Wirtschaftsausschuss des Landtags tagte unter Leitung des Vorsitzenden Dr. Helmut Linssen (CDU) beim Gelsenkirchener Spezialschraubenhersteller August Friedberg GmbH. Nach der Ausschusssitzung, an der Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold und Sachverständige aus Düsseldorf Ministerien teilnahmen, informierte Firmenchefin Dipl. Oec. Ingrid Brand-Friedberg (auf dem Foto mit Dr. Linssen) die Abgeordneten über den mittelständischen Betrieb mit etwa 200 Beschäftigten. Der Vorstellung schloss sich ein Rundgang durch die Fertigung der Verbindungselemente an.



Mit der Tagung in dem mittelständischen Betrieb unterstrich der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie sein Anliegen, die Sorgen und Probleme kleinerer und mittlerer Unternehmen (KMU) „hautnah“ kennen zu lernen. Frau Brand-Friedberg bezifferte den jährlichen Umsatz des traditionsreichen Familienbetriebs auf derzeit 36 Millionen Euro. Für die Herstellung der auch im Ausland gefragten Hochqualitätsschrauben und Verbindungselemente würden auf dem Firmengelände jährlich bis zu 40 000 Tonnen Material bewegt. Sie habe 20 neue Mitarbeiter einstellen und auch bei der Ausbildung viel leisten können. Unverhältnismäßige Lohnsteigerungen würden jedoch Arbeitsplätze gefährden. Sollten die derzeit diskutierten Tarifforderungen durchgesetzt werden, müsse erheblich Personal abgebaut werden. Das erzwingen schon das Ratingverfahren der Banken.

Das Unternehmen hat eine Schwestergesellschaft in Brandenburg, in der hauptsächlich Automobileile gefertigt werden. Mit einem Haustarif komme man dort sehr gut

zurecht. Dadurch belaufe sich der Personalkostenvorteil der ostdeutschen Schwesterfirma auf mehr als 25 Prozent gegenüber Gelsenkirchen.

Die Firmenchefin sagte, von den Abgeordneten auf Exportchancen, Standort und Tarifverhandlungen angesprochen: „Wir haben es schwer.“ Sie lobte aber auch die Stadt für ihr Entgegenkommen, zum Beispiel beim Verbleiben der Produktionsstätte mitten in einem Wohngebiet. Sie erwähnte den hohen Anteil des Firmenumsatzes an der Herstellung von Windkraftanlagen. Als Zulieferer ist Friedberg hierbei weltweit Marktführer

und verschafft Gelsenkirchen mit einem Umsatzanteil von 15 Millionen Euro einen weiteren ökologischen Pluspunkt im interkommunalen Standortwettbewerb.

Vom Wirtschaftsminister auf Osteuropa angesprochen, meinte die Firmeninhaberin, viele Arbeitsplätze ihres Betriebs wären besser in Tschechien oder Polen angesiedelt. Uns fehlen Niedriglohntarife, sagte sie. Zuviel Regulierung und sehr hohe Energie- und Speditionskosten, die durch die Ökosteuer stark gestiegen seien, belasteten die Zukunft. „Man schnürt uns hier die Kehle zu“, meinte die Firmenchefin und wies, von Dr. Linssen nach Beispielen gefragt, auf zahlreiche gesetzliche Änderungen seit dem Jahresbeginn 2002 hin.

Am Anfang belieferte der über 100-jährige Betrieb den Bergbau. „Das hält wie eine Friedberg-Schraube“, galt damals als höchstes Kompliment. Heute kommt es bei meist dynamischen Kräften wie etwa Windenergie auf sichere Verbindungen an, die nicht nur Festigkeit garantieren, sondern auch Spannung und Elastizität. Auch der Korrosions-

schutz der Produkte sei unübertroffen und Ergebnis langjähriger Forschung.

Schrauben sicherten meistens hochwertige Bauteile, weshalb die Kunden bei sicherer Qualität kein Risiko eingingen, erfuhren die Abgeordneten. Großer Abnehmer für Friedberg-Verbindungselemente sei die Automobilindustrie. Auch die Transrapid-Strecke in Shanghai sei von der Gelsenkirchener Firma beliefert worden. Frühzeitig habe sich die Firma um Zertifizierungen bemüht, sodass jetzt professioneller gearbeitet werde.

Bei der Qualitätsprüfung gebe es keine Kompromisse, beginnend beim Vormaterial, erläuterte Technikleiter Jürgen Ellermann zu Beginn einer Führung durch die Produktion. Den Abgeordneten wurden dann die Kaltfertigung von Schrauben bis drei Zentimeter Durchmesser mit bis zu sechs Pressstufen und einer Presskraft bis zu 550 Tonnen vorgeführt. In der Warmfertigung waren offene Feuer, rotglühende Eisenteile und riesige Kühlwannen mit Öl zu sehen. Manche Arbeitsplätze weckten Sehnsucht nach dem eigenen Schreibtisch. Aber bei weiterer Automatisierung wären solche Arbeitsplätze weg. Roboter werden als neueste Anschaffung bereits für die Weiterverarbeitung eingesetzt.

Masterplan für das Ruhrgebiet

Der Vorstand des Vereins „pro Ruhrgebiet“ hat einen „Masterplan“ für das Ruhrgebiet vorgeschlagen (Zuschrift 13/1188), da die bisherigen Mittel und Wege für die Bewältigung des Strukturwandels nicht ausreichen.

Die Bevölkerungsentwicklung im Kernruhrgebiet sei rückläufig. Die kreisfreien Städte verlören bis 2015 etwa neun Prozent ihrer jetzigen Bevölkerung, die Kreise etwa zwei Prozent. Dramatisch sehe es bei der Altersgruppe der 30- bis 49-Jährigen aus mit Abnahme in den Städten bis 22 Prozent. Der Handel verspüre bereits: Mit weniger Kunden sinke auch der Umsatz. Durch die Bevölkerungsabwanderung werde sich auch die „Finanzkatastrophe“ der Städte dramatisch verstärken.

Pro Ruhrgebiet nennt fünf „Stellschrauben“, um die Abwanderung zu bremsen: Bei neuen Arbeitsplätzen, insbesondere in Klein- und Mittelbetrieben, und Unterstützung junger Unternehmen solle sich das Ruhrgebiet auf die „Kompetenzfelder“ konzentrieren, die im „Wachstums- und Beschäftigungspakt Ruhr“ des Wirtschaftsministeriums des Landes NRW genannt seien (u.a. Logistik, neue Werkstoffe, Medizintechnik). Bei Bildung und Qualifizierung sollten sich die Hochschulen schwerpunktmäßig konzentrieren. Auch sollten weitere Großforschungseinrichtungen entstehen, da es im Vergleich mit Mittelstädten wie Heidelberg und Karlsruhe davon noch zu wenig im Ruhrgebiet gebe.

Am weitesten reiche die Infrastruktur-„Stellschraube“ mit Ansätzen wie Ruhrtriennale und Metrorapid. Beim Flächen- und Immobilienmanagement gehe es um geeignete Investitionsstandorte und um die „Befriedigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerungsgruppe zwischen 25 und 49 Jahren“. Statt nicht mehr benötigter Mietwohnungen müsse es zum Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern kommen.

Thomas Grunwald

Neue Wege bei Niedriglohn-Arbeit

Den CDU-Antrag „Millionen Menschen nicht weiter vom Arbeitsmarkt ausschließen; Beschäftigungspotenzial im Dienstleistungssektor aktivieren“ lehnten alle drei anderen Fraktionen im Wirtschaftsausschuss ab. Die Fraktionen wollen jedoch über das Thema Beschäftigung ohne „Antragsdruck“ eine weitere Debatte führen. In dem Antrag schlägt die CDU unter anderem vor, Einkommen bis 150 Euro von Sozialabgaben zu befreien und bei Einkommen bis 600 Euro die Übernahme der Beiträge durch den Staat, progressiv auf Null zurückzuführen bei Einkommen bis 1 500 Euro. Die Finanzierung soll aus bisher für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verwendeten Mitteln erfolgen.

SPD-Sprecher Werner Bischoff hielt die CDU-Vorschläge nicht für akzeptabel, zumal wenn gleichzeitig die Senkung der Staatsquote auf unter 40 Prozent gefordert werde. Er wies auf das so genannte Mainzer Modell hin, das jetzt bundesweit erprobt werde. Rüdiger Sagel (GRÜNE) sagte, die Vorstellungen der GRÜNEN gingen viel weiter als nur bis zum Niedriglohnsektor. Angesichts weiter steigender Produktivität müsse umverteilt werden, am Steueraufkommen müssten Vermögende viel stärker

beteiligt werden. Dr. Gerhard Papke (FDP) befürchtete Mitnahmeeffekte bei Umsetzung der CDU-Vorschläge und sah die eigentliche Herausforderung darin, Arbeit preiswerter zu machen. Ganz konkret wolle die FDP den Eingangssteuersatz auf 15 Prozent senken sowie Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenführen. Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold hielt landespolitische Maßnahmen für wenig wirksam und erhoffte neue Wege im Niedriglohnsektor, auch um die Schwarzarbeit einzudämmen.



Für ihre Arbeit, Lupus-Erkrankten und ihren Angehörigen Rat, Hilfe und Informationen zu geben, hat die Schirmherrin der Lupus-Erythematodes Selbsthilfegemeinschaft e.V., Karin Clement (Bildmitte) von der Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Landtags NRW Unterstützung bekommen. Horst Sommerfeld (l.) und Dr. Rolf Krumsiek (r.) überreichten der Ehefrau des Ministerpräsidenten den Spendenscheck über einen Betrag, den die Vereinigung bei ihrer letztjährigen Weihnachtsfeier gesammelt hat. In Deutschland sind etwa 40 000 Menschen von dieser kaum bekannten Krankheit betroffen, die mit Gelenkentzündungen und Rötungen der Haut einhergeht und nicht heilbar ist. Wird das Leiden frühzeitig erkannt, kann es wirksam behandelt werden.

Foto: Schälte

Machbarkeitsstudie Metrorapid am 5. Februar im Unterausschuss

Mit Spannung erwartet der Unterausschuss Metrorapid des Verkehrsausschusses seine nächste Sitzung am 5. Februar. Dann soll die vom Bund in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie zu Magnetbahnstrecken in Bayern und Nordrhein-Westfalen komplett vorgestellt werden. Bisher liegt den Abgeordneten nur eine von Verkehrsminister Ernst Schwanhold am 21. Januar vorgelegte Kurzfassung vor (Vorlage 13/1229).

Von den unabhängigen Gutachtern wurden sowohl die bayerische als auch die NRW-Strecke geprüft und für machbar befunden. Bayern plant eine Schnellverbindung zwischen dem Franz-Josef-Strauß-Flughafen und dem Münchner Hauptbahnhof. Die Fahrzeit auf der 40 Kilometer langen Strecke beträgt zehn Minuten. Die Bayern-Magnetbahn soll 1,5 Millionen Mark kosten und der Fahrpreis 13 Euro betragen. In NRW prüften die Gutachter die Strecke Dortmund—Düsseldorf, die überwiegend auf Bahngelände geführt werden und bis zur Fußballweltmeisterschaft 2006 fertig gestellt sein soll. Die Fahrzeit soll bei sieben Haltepunkten auf 34 Minuten gegenüber 110 beim ICE verkürzt werden. Laut Machbarkeitsstudie werden die Investitionskosten um eine halbe Milliarde Euro niedriger ausfallen als bisher angenommen, und der jährliche Gewinn 3,6 Millionen Euro betragen.

Die Züge, bestehend aus vier Sektionen, sollen zwischen 5.00 und 20.00 Uhr im Zehnminutentakt, nachts alle 20 Minuten verkehren. Die Züge sind für 340 Sitzplätze ausgelegt und 98 Quadratmeter als Stehplatzfläche vorgesehen. „Zwei Personen mit Gepäck ergeben 196 Stehplätze“, heißt es in der Studie. Die Höchstgeschwindigkeit soll 300 Stundenkilometer betragen. Außer an den Endpunkten sind fünf Haltepunkte vorgesehen.

Für die 78,9 Kilometer lange Strecke zwischen Dortmunder und Düsseldorfer Hauptbahnhof haben die Gutachter Investi-

tionskosten von 3,19 Milliarden Euro errechnet, und zwar 2,6 Milliarden für die Infrastruktur und 573 Millionen Euro für Fahrzeugbeschaffung. Die Betriebskosten sollen 51 Millionen Mark betragen.

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wurde eine Nutzen-Kosten-Relation von 1,5 ermittelt. Der Kostensumme gegenübergestellt wurden als Nutzen: Unterhaltungskosten der Metrorapid-Infrastruktur in Höhe von 272 Millionen Euro sowie fast ebenso viel für „vermeidene Investitionen“ Schiene. 738 Millionen Euro sollen (durchschnittlich aus 30 Jahren) in Fahrzeuge investiert und 507 Millionen Euro für den Betrieb ausgegeben werden. Als Plusposten werden vermiedene Investitionen für Schienenfahrzeuge, einsparbare Betriebskosten Schienenverkehr und Betriebskosten Straße, Unfallfolgekosten, Verminderung Geräuschbelastung sowie vermiedene Abgaskosten Straße und Schiene (460 Millionen Euro) verbucht.

Mit zusammen 2,2 Milliarden Euro positiv veranschlagt sind außerdem: Reisezeitnutzen beim öffentlichen und beim Individualverkehr.

Zu Umweltauswirkungen stellen die Gutachter fest, beim NRW-Projekt werde durch Bündeln auf Bahnanlagen ein Minimum an Fläche beansprucht. Durch Schallschutzmaßnahmen werde die Lärmbelastung abschnittsweise verbessert. Insgesamt seien weder durch die Trasse noch durch das System Metrorapid nachhaltige Schäden zu erwarten.

Warten auf ein Hundegesetz

Im Landeshaushalt 2002 seien 750000 Euro für die Modernisierung der Tierheime in NRW vorgesehen, teilte Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) den CDU-Abgeordneten Tanja Brakensiek und Marie-Luise Fasse auf deren Fragen mit (Drs. 13/2148). Eine weitere finanzielle Unterstützung der Kommunen bei dieser Aufgabe sei nicht möglich, antwortete sie. Die beiden Abgeordneten hatten in ihrer Kleinen Anfrage mit dem Titel „Schwerwiegende Folgen der Landeshundeverordnung (LHV)“ auf die überfüllten Tierheime hingewiesen.

Das Dortmunder Tierschutzzentrum habe einen Aufnahmestopp verhängt, teilten sie mit. „88 Hunde sitzen in 68 Boxen. Zwei Drittel davon gehören zu so genannten Kampfhunden, die inzwischen fast unvermittelbar geworden sind.“ Vor der LHV seien 35 bis 40 Hunde dort untergebracht gewesen. Weil alle Dortmunder Tierheime ähnlich überfüllt seien, müssten konfiszierte Hunde in Tierpensionen eingemietet werden, was jährlich pro Hund etwa 5 000 Mark koste.

Die Rasselisten der Landeshundeverordnung seien gerechtfertigt, meinte Ministerin Höhn, anders als die Fragestellerinnen. Im Hinblick auf das in Kürze einzubringende Hundegesetz habe sie per Erlass die Behörden ermächtigt, auf Führungszeugnisse der Halter von Hunden größer als 40 Zentimeter und schwerer als 20 Kilogramm zu verzichten, wenn es keinen Zweifel an ihrer Zuverlässigkeit gebe.

Gefährliche Hunde durch Maulkorbzwang

Seit Erlass der Landeshundeverordnung erreichten den Landtag zahlreiche Zuschriften. So erläutert etwa der „Arbeitskreis Diensthundewesen“, es gebe keine gefährlichen Hunderassen, sondern gefährliche Hunde unabhängig von Rassen. Durch den generellen Leinen- und Maulkorbzwang für „40/20“-Hunde könnten diese aber neurotisch und in der Folge gefährlich werden.

Eine querschnittsgelähmte Tierfreundin, die auf ihren Hund angewiesen ist, beschrieb Folgen der LHV: eingeschränkte Atmung durch Maulkörbe, Hecheln und schlechter regulierte Körpertemperatur, fehlende Bewegung und verminderte Sozialkontakte eines Rudeltiers.

Eine „Bürgerinitiative verantwortungsvoller Hundehalter“ wies auf den Schutz auch durch so genannte Listenhunde im Gelände und bei Dunkelheit, jedoch auf Spießbrutenlauf in der Fußgängerzone seit der LHV hin. Aus Berlin kam die Bitte einer Initiative, gelistete Hunde in überfüllten Tierheimen nicht zu töten, sondern sie nach Großbritannien zurückbringen zu können (vor allem Staffordshire Bull Terrier).

Dr. Hans Kraft (SPD) wurde auf einstimmigen Beschluss des Squash-Landesverbands NRW zum Ehrenpräsidenten dieses Sportfachverbands berufen. Kraft, der seit 25 Jahren in seiner Freizeit selber Squash spielt, war über mehrere Jahre Präsident des NRW-Verbandes.



Gemeinsame Pressekonferenz der Fraktionssprecherinnen in der Enquetekommission „Frauengerechte Gesundheitsversorgung in NRW“, v.l. Dr. Ute Dreckmann (FDP), Marianne Hürten (GRÜNE, Vorsitzende), Ursula Doppmeier (CDU), Inge Howe (SPD).
Foto: Schätle

Frauengerechte Gesundheitsversorgung

Andere Körper sind anders krank

In einer gemeinsamen Pressekonferenz im Landtag stellten am 16. Januar die Sprecherinnen der vier Landtagsfraktionen der Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ ihr Arbeitsprogramm vor. Neben den neun Abgeordneten (vier SPD, drei CDU, je eine FDP und GRÜNE) gehören der Kommission als Experten an: Professor Dr. Hartmut Gülker (Klinikum Wuppertal GmbH), Professor Dr. Alexa Franke (Rehabilitationspsychologie Universität Dortmund), Professor Dr. Adelheid Bonnemann-Böhmer (Direktorin Institut Frauenforschung der Universität Kiel), Dr. Gabriele Fröhlich-Gildhoff (Chefärztin Psychosomatische Abteilung Wicker-Klinik), Professor Dr. Irmgard Nippert (Universitätsklinikum Münster) und Ute Sonntag (stellvertretende Geschäftsführerin der Landesvereinigung Gesundheit Niedersachsen).

Vorsitzende Marianne Hürten (GRÜNE) erläuterte: „Frauen haben nicht nur eine andere Körperwahrnehmung, einen anderen Hormonhaushalt und somit einen anderen körperlichen Rhythmus. Sie haben teilweise auch völlig andere Organe und Organfunktionen und andere physiologische Grundwerte als Männer.“ Frau Hürten sagte, die Kommission solle Defizite beim Zugang zum Gesundheitswesen, bei Prävention, Diagnostik und Behandlung sowie in der Forschung erfassen, dann zu konkreten Handlungsempfehlungen an die Politik führen sollten.

„Wir wissen“, sagte sie, „Frauen sind anders krank“. Aber Frauen würden auch anders behandelt. Ihnen würden häufig ältere Medikamente verordnet. In der Notfallmedizin würden männliche Patienten länger wiederbelebt als Frauen.

Inge Howe (SPD) führte aus, bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen sei das Risiko für Frauen erheblich gestiegen, zum Beispiel durch die Kombination Rauchen und Einnahme der Anti-Baby-Pille. „Pflegerische Angehörige“, das seien zu 90 Prozent Frauen, litten oft unter psychosomatischen Beschwerden. Die SPD wolle sich auch dafür einsetzen, dass Selbsttötungsversuche, chronische und rheumatische Erkrankungen von Frauen erforscht werden.

Ursula Doppmeier (CDU) trug die besonde-

ren Anforderungen an Mütter in Familie und Beruf als Handlungsfeld vor. Pflegende Frauen arbeiteten oft jahrelang ohne Ausbildung, ohne Freizeit und oft ohne soziale Kontakte. Psychosomatische Erkrankungen seien oft die Folge. Auch müsse die Situation und Gesundheitsversorgung behinderter

und älterer Frauen ermittelt werden. Vorsorge und Behandlung von Brustkrebs seien verbesserungsbedürftig.

Für die FDP legte Dr. Ute Dreckmann den Schwerpunkt der Arbeit auf die Untersuchung der psychischen Gesundheit und psychosozialen Versorgung von Migrantinnen. Das seien weit über 1,5 Millionen Frauen in NRW. Sie gehörten meist einer niedrigen sozialen Schicht an, hätten Sprachdefizite und litten oft unter Folgen sexualisierter Gewalt. Hier gebe es große Datenlücken. Für die GRÜNE-Fraktion erläuterte Vorsitzende Hürten, beim Thema Medikalisierung solle erarbeitet werden, wie der medikamentösen Über-, Unter- und Fehlversorgung begegnet werden könne. Außerdem sollten die gesundheitlichen Auswirkungen von Gewalt untersucht werden. Nachdem das Bundesfrauenministerium die durch Gewalt gegen Frauen verursachten Kosten ermitteln wolle, stellten die GRÜNE-Mitglieder der Landtagskommission Erkennung und Diagnose von Gewaltfolgen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit.

Enquetekommission „Pflege in NRW“

Der Landtag setzte am 25. Januar auf Antrag der CDU eine Enquetekommission „zur Situation und zur Zukunft der Pflege in NRW“ ein. Es ist die dritte Enquetekommission in dieser Wahlperiode. Sie soll ebenfalls aus 15 Mitgliedern bestehen, davon neun aus den Fraktionen, und zwar vier SPD-, drei CDU-Abgeordneten und je einem FDP- und GRÜNE-Mitglied. Als weitere sechs Mitglieder werden Experten auf Vorschlag der Fraktionen angeworben. Als Vorsitzender ist der CDU-Abgeordnete Rudolf Henke im Gespräch, der bis zu seiner Wahl in den Landtag als Facharzt tätig war.

In ihrem Antrag (Drs. 13/2162) begründet die CDU die Einsetzung der Enquetekommission mit notwendiger Überprüfung des Anspruchs auf menschenwürdige Pflege. Auch soll Berichten über Vernachlässigungen und Misshandlungen in der Pflege nachgegangen werden. 20 Einzelprobleme wurden aufgelistet, darunter auch die Frage, „ob die Versorgung dementer oder anders psychisch kranker Pflegebedürftiger bedarfsgerecht organisiert ist.“

Im Antrag wird darauf hingewiesen, dass laut Bevölkerungsprognose für NRW ein Anstieg der Zahl der Personen über 75 Jahre von jetzt 1,2 auf 1,8 Millionen im Jahr 2040 zu erwarten sei. Damit wachse auch die Zahl der Pflegebedürftigen. Der medizinische Fortschritt führe zu einem Anstieg der Heimaufnahmen und zu längeren Patientenkarrieren. All diese Entwicklungen würden sich auf Art und Umfang des Pflegeangebots auswirken.

Vorsitz, Assistenz und Protokollanz der Ausschüsse

| Ausschuss | Vorsitz Abgeordnete/r | Tel. 884- | Assistent/in Tel. 884- | Stenograf/in Tel. 884- | | |
|--------------------------------------|---------------------------|------------|---------------------------|------------------------|------------------------|------|
| Arbeit/Gesundheit/Soziales | Bodo Champignon | (SPD) 2643 | Frank Schlichting | 2580 | Simona Roeßgen | 2134 |
| Ernährung ... Naturschutz | Marie-Luise Fasse | (CDU) 2902 | Thomas Wilhelm | 2523 | Gertrud Schröder-Djug | 2477 |
| Europa/EineWelt | Ute Koczy (GRÜNE) | 2866 | Hans-Joach. Wegner | 2145 | Uwe Scheidel | 2476 |
| Frauenpolitik | Gerda Kieninger | (SPD) 2640 | Monika Pirron | 2434 | Franz-Josef Eilting | 2465 |
| Grubensicherheit | Peter Budschun | (SPD) 2291 | Georg Schröder | 2487 | wechselnd | |
| Hauptausschuss | Edgar Moron | (SPD) 2220 | Wolfgang Fröhlecke | 2488 | Otto Schrader | 2460 |
| Haushalt/Finanz | Volkmar Klein | (CDU) 2907 | Silvia Winands | 2336 | Franz-Josef Eilting | 2465 |
| Haushaltskontrolle | Rolf Seel | (CDU) 2718 | Thomas Wilhelm | 2523 | Simona Roeßgen | 2134 |
| Innen-/Verwaltungsreform | Klaus-D. Stallmann | (CDU) 2723 | Wolfgang Fröhlecke | 2488 | Heike Niemeyer | 2462 |
| Kinder/Jugend/Familie | Annegret Krauskopf | (SPD) 2674 | Birgit Hielscher | 2226 | Uwe Scheidel | 2476 |
| Kommunalpolitik | Jürgen Thulke | (SPD) 2673 | Norbert Krause | 2521 | Michael Endres | 2011 |
| Kulturausschuss | Dr. Renate Düttmann-Braun | (CDU) 2173 | Frank Schlichting | 2580 | Eva-Maria Bartylla | 2051 |
| Medienausschuss | Claudia Nell-Paul | (SPD) 2629 | Birgit Hielscher | 2226 | Günter Labes | 2746 |
| Migrationsangelegenheiten | Britta Altenkamp-Nowicki | (SPD) 2655 | Norbert Krause | 2521 | wechselnd | |
| Petitionen | Barbara Wischermann | (CDU) 2785 | Ref.-Ltr. Franz Muschkiet | 2531 | — | |
| Rechtsausschuss | Dr. Robert Orth | (FDP) 2883 | Georg Schröder | 2487 | Heike Niemeyer | 2462 |
| Schule/Weiterbildung | Dr. Heinz-J. Eckhold | (CDU) 2780 | Wolfgang Kubitzky | 2856 | Gertrud Schröder- Djug | 2477 |
| Sportausschuss | Gisela Hinnemann | (CDU) 2717 | Wolfgang Kubitzky | 2856 | Michael Endres | 2011 |
| Städtebau/Wohnungswesen | Gisela Walsken | (SPD) 2631 | Harald Holler | 2489 | Günter Labes | 2746 |
| Umweltschutz/Raumordnung | Klaus Strehl | (SPD) 2151 | Thomas Wilhelm | 2523 | Dr. Hildegard Müller | 2433 |
| Verkehrsausschuss | Manfred Hemmer | (SPD) 2660 | Harald Holler | 2489 | Dr. Hildegard Müller | 2433 |
| Wirtschaft/Mittelstand/Technologie | Dr. Helmut Linsen | (CDU) 2636 | Georg Schröder | 2487 | Uwe Scheidel | 2476 |
| Wissenschaft/Forschung | Joachim Schultz-Tornau | (FDP) 2072 | Norbert Krause | 2521 | Eva-Maria Bartylla | 2051 |
| Unterausschuss Personal | Helmut Stahl | (CDU) 2776 | Min.-Rat Hans-J. Donath | 2338 | wechselnd | |
| Unterausschuss Landesbetriebe | Günter Garbrecht | (SPD) 2518 | Silvia Winands | 2336 | wechselnd | |
| Unterausschuss Metrorapid | Gerd Wirth | (SPD) 2557 | Harald Holler | 2489 | wechselnd | |
| Enquetekommission Zukunft der Städte | Dr. Axel Horstmann | (SPD) 2622 | Dr. Martina Werheit | 2823 | Uwe Scheidel | 2476 |
| Enquetekommission Frau/Gesundheit | Marianne Hürten(GRÜNE) | 2349 | Dr. Cornelia Bormann | 2813 | Simona Roeßgen | 2134 |

Ein Drittel Steinkohle aus Deutschland

Hoffnung auf EU-Beihilfen bis 2015

Über die Anpassung im Steinkohlebergbau informierte sich der Ausschuss für Grubensicherheit beim Gesamtverband des Steinkohlebergbaus (GVSt). Dr. Wilhelm Beermann, Vizepräsident des GVSt (Foto, rechts) hielt den Abbau der Subventionen für beispieldarstellend in der westdeutschen Industrie. Im Jahr 2001 habe die Kohleindustrie 600 Millionen Mark weniger an Mitteln erhalten als im Vorjahr, und für das nächste Jahr seien Kürzungen in ähnlicher Höhe vereinbart. Daraus folge ein sehr scharfer Anpassungsprozess. Die notwendigen Anpassungen erfolgten in sozialverträglicher Weise.

Der Rahmenplan sehe zehn Bergwerke mit rund 36 000 Beschäftigten vor, fuhr Dr. Beermann fort. Im letzten Jahr seien drei Schachtanlagen und eine Kokerei stillgelegt worden. Zurzeit gebe es elf Bergwerke, davon neun in NRW und zwei im Saarland. Die

Förderleistung je Mann und Schicht sei in den beiden Vorjahren um 14 Prozent gestiegen.

Ende 2001 werde es im Steinkohlenbergbau noch etwa 52 000 Beschäftigte geben, davon seien aber etwa 6 000 in „struktureller Kurzarbeit“ oder Anpassungsmaßnahmen. Seit 1997 seien fast ein Drittel der Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau abgebaut worden, insbesondere durch Vorruhestands- und Qualifizierungsmaßnahmen. Es gebe auch Existenzgründerhilfen für Bergleute, die sich selbstständig machen wollten.

Ein Drittel des Steinkohlemarktes in Deutschland solle weiterhin aus heimischer Förderung gedeckt werden, sagte Dr. Beermann. Dies gestatte auch, die moderne deutsche Kohletechnologie zu erhalten und weiterzuentwickeln. Auf die Diskussion um die Genehmigung des Rahmenbetriebsplans für das Bergwerk Walsum in Duisburg eingehend, machte er deutlich, Auswirkungen auf Natur und Umwelt beim Kohleabbau ließen sich nicht immer ganz vermeiden. Sie seien heute aber niedriger als in früheren Jahren. Es gebe eine ausgewogene Abwägung zwischen Einzelinteressen und Gemeinwohl.

Planungssicherheit

Die Genehmigungslage hinsichtlich der Beihilfen sei auf EU-Ebene „so günstig wie lange nicht mehr“. Da der EGKS-Vertrag Mitte 2002 auslaufe, sei auf der Grundlage der EG-Verträge eine neue Genehmigung erforderlich. Die Laufzeit der neuen Regelung solle bis 2010 gehen. Eine endgültige Entscheidung dazu werde es wohl unter der spanischen Präsidentschaft 2002 geben.



Im Anschluss an die Ausführungen interessierte sich Rüdiger Sagel (GRÜNE) dafür, auf welchem Sockel die Jahresförderung an Steinkohle gehalten werden solle. Dr. Beermann antwortete, zurzeit liege die Jahresförderung in Deutschland bei

rund 28 Millionen Tonnen. Für das Jahr 2005 würden 26 Millionen Tonnen angestrebt. Man wolle bei der EU Planungssicherheit bis 2015 erreichen. Holger Ellerbrock (FDP) meinte, Beermann habe ein „positives Bild“ davon gezeichnet, dass die EU der langfristigen Planung wohlwollend gegenüberstehe. Wie sehe denn die „worst-case-Planung“ aus für den Fall, dass es nicht so komme? Dazu betonte Dr. Beermann, man sei in dieser Einschätzung realistisch. Er gehe davon aus, dass EU-Kommissarin de Palacio dieses Thema sehr nüchtern einschätze. Wenn es aber keine Genehmigung gebe, sei auch kein sozialverträglicher Arbeitsplatzabbau mehr möglich.

Thomas Grunwald

Luftwerte der EU

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie nahm in der von Dr. Helmut Linssen (CDU) geleiteten Sitzung in den Räumen der Firma August Friedberg (Gelsenkirchen) am 16. Januar einen Erfolgsbericht zur Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zustimmend zur Kenntnis. Unter anderem berichtete das Ministerium, von 1995 bis 2000 seien 55 Prozent der neu geschaffenen Dauerarbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) entstanden. Von den Fördermitteln hätten die KMU 47 Prozent erhalten. Die CDU bat den Minister, dafür zu sorgen, dass mittelständische Unternehmen künftig bei der Fördermittelvergabe so berücksichtigt würden, wie es ihrer Rolle bei Arbeitsplätzen entspreche.

Die Abstimmung über den FDP-Antrag „Kein deutscher Sonderweg; EU-Luftqualitätswerte 1:1 umsetzen“ vertagte der Ausschuss, um ein möglichst gemeinsames Votum dem aktuellen Sachstand anzupassen. Dr. Gerhard Papke (FDP) befürwortete ein „klares Signal“ gegen die Absicht der Bundesregierung, die EU-Richtlinien in das deutsche Anlagenzulassungsrecht zu integrieren. Laut FDP-Antrag könnten andernfalls Genehmigungen versagt werden, wenn andere Verursacher für schlechte Luftwerte verantwortlich seien, etwa in Ballungsräumen. Die EU-Vorgaben sollten vielmehr zur Grundlage regionaler Aktionspläne dienen. Die CDU stimmte zu. Werner Bischoff (SPD) machte auf einen Referentenentwurf zum Immissionsschutz (des Bundes) aufmerksam, der die Bedenken aufnehme. Reiner Priggen (GRÜNE) sah mögliche Nachteile für deutsche Betriebe, legte aber auch Wert auf Einhaltung der Umweltstandards der EU. Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold bestätigte, in Deutschland könne die Chemieindustrie wettbewerbsnachteilig betroffen sein. Ein Vertreter des Umweltministeriums teilte mit, das Landeskabinett habe die Änderung der TA Luft bereits angenommen. Vorsitzender Dr. Linssen hielt ein (warnendes) Votum des Ausschusses für gut.

Bürgerbeteiligung

Die fünfte Auflage von „Die Planungszelle“, einem Compendium über qualifizierte Bürgerbeteiligung als Alternative zur Parteien-Demokratie, erscheint in Kürze, nachdem die vierte Auflage vergriffen ist. Vorbestellungen für ein verbilligtes Lese-Exemplar können ab sofort bestellt werden bei: Forschungsstelle Bürgerbeteiligung der Bergischen Universität Wuppertal, Postfach 10 01 27, 42097 Wuppertal.



Ihre Spuren haben die Sternsinger der Pfarrei St. Martin in Düsseldorf-Bilk an der Tür im Präsidententrakt des Landtags hinterlassen, wo sie mit Kreide unter den Augen von Landtagsvizepräsident Dr. Helmut Linssen die Zeile $20^{\circ}\text{C}+\text{M}+\text{B}^{\circ}\text{O}_2$ auf das Holz schrieben. Da die Jungen und Mädchen der katholischen Pfarrgemeinde auch diesmal wieder für einen guten Zweck gesammelt haben, führt die Spur weiter bis nach China, wo unter dem Motto *Zhiyu zhi shou* (Heilende Hände — damit Kinder heute leben können) mit dem Erlös der Sternsingeraktion 2002 Kinder- und Jugendprojekte unterstützt werden. Die deutschen Sternsinger engagieren sich für Hilfen in 80 Ländern der Welt.

Foto: Schälte

Metrorapid ist entscheidungsreif – wir wollen grünes Licht geben

„Der letzte Schlüssel für die Machbarkeit des Metrorapid zwischen Dortmund und Düsseldorf ist jetzt die Finanzierungszusage durch die Bundesregierung; wir erwarten eine zügige Entscheidung innerhalb der nächsten Wochen“, erklärte der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Gerd Wirth. Die jetzt vorgelegte Machbarkeitsstudie zeige, dass der Metrorapid technisch machbar und wirtschaftlich zu betreiben sei. Der Landtag wolle noch im Februar über dieses hoch moderne Regionalverkehrsmittel entscheiden. Wirth ließ keinen Zweifel daran, dass die SPD-Fraktion dem Projekt grünes Licht gebe, sobald die verbindliche Zusage über einen Bundeszuschuss vorliege. Nordrhein-Westfalen stehe ein solche hoch

moderne, leistungsfähige und umwelttechnisch nicht zu schlagende technische Innovation „gut zu Gesicht“, kommentierte der SPD-Verkehrsexperte. Es gebe keinen Grund, warum das Land auf diese herausragende Investition verzichten sollte. Nordrhein-Westfalen werde zudem am Beispiel des Metrorapid demonstrieren, dass es hierzulande möglich sei, große technische und planerisch anspruchsvolle Industrieprojekte ohne Reibungsverluste und innerhalb kürzester Zeit zu verwirklichen. „Das ist ein wichtiges Signal für Investoren, die die Wirtschafts- und Marktkraft Nordrhein-Westfalens schätzen“, unterstrich Gerd Wirth.

★

„Was selbstverständlich sein sollte, ist jetzt

auch durch höchstrichterliches Urteil bestätigt. Das ist eine wichtige und zielführende Klärung des Gleichstellungsauftrags.“ Mit diesen Worten begrüßte die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Renate Drewke, das Urteil des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshofs. Darin wird bestätigt, dass kreisangehörige Städte und Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte bestellen müssen. Die Verfassungsbeschwerde der Stadt Rahden und der Gemeinde Stewede wurde zurückgewiesen. Die Pflicht zur Bestellung hauptamtlicher Gleichstellungsbeauftragter war vom Landtag 1999 in der Gemeindeordnung NRW festgeschrieben worden.

CDU: Fischereigesetz ändern, damit Behinderte angeln können

Damit Menschen mit Behinderung auch ab ihrem 16. Lebensjahr noch dem Angelsport nachgehen können, setzen sich die CDU-Landtagsabgeordneten Thomas Kufen aus Essen und Ursula Monheim aus Leverkusen dafür ein, das Fischereigesetz in Nordrhein-Westfalen zu ändern.

Nach der jetzigen Gesetzeslage bekommen in NRW junge Menschen zwischen zehn und 16 Jahren einen Jugendfischereischein; dies gilt auch für Jugendliche mit einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung. Dieser berechtigt sie, unter Aufsicht ei-

ner Begleitperson zu angeln. Nach dem 16. Geburtstag ist es jedoch vorbei mit diesem Hobby: Die dann erforderliche staatliche Fischereiprüfung dürfen Behinderte in NRW nämlich nicht ablegen. Die Länder Brandenburg und Rheinland-Pfalz haben diesen Missstand erkannt und das Fischereigesetz geändert. Anglern über 16 Jahre, die aufgrund ihrer Behinderung keine staatliche Fischereiprüfung ablegen können, wird ein Sonderfischereischein erteilt, mit dem auch weiterhin die Angel ausgeworfen werden kann. Auch in Nordrhein-Westfalen müsse das Fischerei-

gesetz so schnell wie möglich geändert werden, um mehr für die Integration von Behinderten zu tun, fordern die CDU-Landtagsabgeordneten Thomas Kufen und Ursula Monheim.

„Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen muss nicht nur in der Berufswelt, sondern auch im Freizeitbereich angegangen werden. Das in NRW gültige Fischereigesetz steht der angestrebten Integration entgegen“, darin sind sich die beiden CDU-Politiker einig.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen



Landes- und Fraktionschef Jürgen W. Möllemann, in der Bundespartei für Innenpolitik verantwortlich, und Fraktionsvize Horst Engel, innenpolitischer Sprecher der NRW-Landtagsfraktion, begrüßten ihre Kollegen aus den anderen Bundesländern zur ersten „FDP-Innenrunde“. Die „Innenrunde“ führt auf Engels Initiative die innenpolitischen Sprecher aller FDP-Landesverbände und Fraktionen an einen Tisch. Ziel ist der interparlamentarische Austausch und die Festlegung gemeinsamer Ziele, Strategien und Initiativen. Das Gremium ist das innenpolitische Pendant zur „Caesar-Runde“, die die FDP-Rechtspolitik länderübergreifend koordiniert. Die NRW-FDP möchte die Runde zu einer regelmäßigen Einrichtung machen.

WestLB darf keine Regenwaldzerstörung finanzieren

Die WestLB führt ein internationales Bankenkonsortium zur Finanzierung eines 1,1 Milliarden-Dollar-Projektes an – einer 500 Kilometer langen Erdölleitung durch Ecuador. Umweltschutzorganisationen wie „Rettet den Regenwald“ oder „Greenpeace“ weisen darauf hin, dass diese Pipeline wertvolle Regenwaldgebiete zerstören und die wirtschaftliche Existenz der Menschen in der Region bedroht. Als GRÜNE-Fraktion haben wir das Engagement der WestLB in Ecuador und ihre Informationspolitik ebenfalls seit einem dreiviertel Jahr scharf kritisiert. Die WestLB hat erklärt, unabdingbare Voraussetzung sei die Einhaltung der als strikt einzustufenden und weltweit anerkannten Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank. Ansonsten bestehe

ein besonderes Kündigungsrecht. Nach der Anhörung des Eine-Welt-Ausschusses gibt es keinen Zweifel mehr, dass die Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank in zentralen Fragen fundamental missachtet wurden. Die Umweltbilanz des Gesamtprojektes ist verheerend. Auch die Weltbank distanziert sich mittlerweile von dem Projekt öffentlich: „Erstens sind wir besorgt, um das zerbrechliche ökologische Gleichgewicht in dieser Region in Ecuador, die wir gut kennen, weil wir dort mehrere eigene Umweltschutzprojekte unterhalten. Zweitens sind wir besorgt, dass unsere Standards nicht eingehalten werden, unser Name aber missbraucht wird, um das Projekt abzusegnen, wenn es die Standards nicht einhält.“ Die WestLB schadet so nicht nur ih-

rem eigenen Ruf, sondern gefährdet auch das internationale Ansehen des Landes Nordrhein-Westfalen. Die GRÜNE-Fraktion lehnt die Finanzierung eines Projektes, das den Regenwald zerstört, ab und fordert: Die WestLB muss Konsequenzen aus der Anhörung ziehen und das Gesamtprojekt auf den Prüfstand stellen. Die WestLB wird aufgefordert sicherzustellen, dass durch ein Moratorium vor Ort keine weiteren Fakten geschaffen werden. Landesregierung und WestLB werden aufgefordert, die ersten Empfehlungen des Eine-Welt-Ausschusses zügig umzusetzen. Zu dem Diskurs aller Gutachter gehört eine unabhängige Überprüfung des Gesamtprojektes und aller Alternativen und Möglichkeiten. Und: Grundlegende Neu-Ausrichtung des Auslandsgeschäftes der WestLB an ökologischen und sozialen Standards.

„Tiefse(h)en“



Als Botschaften aus der verschlossenen Welt des Maßregelvollzugs ist bis zum 15. Februar eine Ausstellung von bildnerischen Arbeiten psychisch kranker Straftäter aus dem westfälischen Zentrum für forensische Psychiatrie in Lippstadt-Eickelborn und dem Therapiezentrum Marsberg „Bilstein“ in der Eingangshalle des Landtags zu sehen. Bei der Eröffnung machte Landtagspräsident Ulrich Schmidt darauf aufmerksam, die Schau werbe nicht um Verständnis für die Straftaten der Patienten und solle auch nicht das Schicksal der Opfer und ihrer Angehörigen vergessen machen. Sie lenke auch den Blick darauf, „dass jeder Straftäter in unserem Rechtsstaat ein Recht auf menschenwürdige Behandlung und auf Therapie und Heilung hat“. Er, Schmidt, habe auch Verständnis für die Ängste von Menschen, die unmittelbare Nachbarn dieser Kliniken seien. Aber wenn die Ausstellung nach der Präsentation im Landesparlament ihre Reise durch die Städte antrete, die nach dem Willen der Landesregierung neue Standortgemeinden des Maßregelvollzugs werden sollen, dann würde er sich freuen, „wenn die Ausstellung zur Erreichung des Ziels der Ent-Emotionalisierung beitragen könnte“. — Unser Bild zeigt ein Werk von Reinhard Lischka „Ohne Titel“. Foto: Schälte

Porträt der Woche

Bis vor kurzem stand über dem Eingang der ehrwürdigen Villa Horion „Ministerpräsident“ als Adressenschild. Das hat sich mit Ende vergangenen Jahres geändert; da ist nämlich der 25-köpfige Petitionsausschuss des Landtags mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in das 1911 erbaute Haus gezogen. „Der Bau ist für unsere Belange bestens geeignet. Wir machen aus der Villa ein richtiges Bürgerhaus, als Angebot für alle, die Hilfe brauchen“, freute sich die Vorsitzende des Petitionsausschusses Bärbel Wischermann. Die CDU-Abgeordnete, die den Ausschuss schon in der zweiten Legislaturperiode leitet und ihm bereits seit 1990 angehört, kann sich vorstellen, dass sie künftig an einem Tag in der Woche das neue Bürgerhaus für alle Petenten für Sprechstunden öffnet: „Da kann dann jeder kommen und uns sofort erreichen.“

Bärbel Wischermann macht kein Hehl daraus, dass ihr Herz an dem Petitionsausschuss hängt. „Ich bin mit Leib und Seele dabei. Die Arbeit macht mir soviel Freude, weil man tatsächlich etwas bewirken kann. Beispielsweise tragen wir dazu bei, Politikverdrossenheit abzubauen, indem wir dem Bürger das Gefühl geben, dass er wichtig ist und dass wir für ihn da sind.“ Dadurch, dass der Ausschuss Bürger zu einem Gespräch einlade und ihn selber seinen Fall vortragen lasse, gebe man dem Petenten das Empfinden, dass da jemand ist, der sich der eigenen Sorgen annehme. „Wir sind die Kümmerer“, sagt die 57-jährige Ausschussvorsitzende voll Stolz auf geleistete Arbeit. Ursprünglich hatte die CDU-Frau den Petitionsausschuss gar nicht angestrebt. Als Mutter von drei Kindern hatte ihr der Schulausschuss viel näher gelegen. Tatsächlich kam sie da auch hinein, zusätzlich wurde sie Mitglied im Petitionsausschuss. Und da ging es wie fast allen Mitgliedern in diesem Gremium: „Da will zunächst keiner rein, aber wer einmal drin ist, bleibt es auch, obwohl die Aufgabe arbeitsaufwendig ist und mit ihr auch keine schnelle Schlagzeile zu gewinnen ist.“

Zur Begeisterung für diese Arbeit hat ein Erfolgserlebnis beigetragen, das Bärbel Wischermann gleich zu Beginn ihrer Abgeordnetenlaufbahn 1990 hatte: „In meine Sprechstunde kam eine ältere Dame. Sie erklärte mir, dass sie es ungerecht fände, dass sie keine Witwenbeihilfe bekäme.“ Nachdem sie den Fall geschildert hatte, fand Wischermann das auch. Sie machte eine Petition, es folgten Gespräche mit dem Landesversorgungsamt und tatsächlich wurden der Frau 32 000 Mark nachgezahlt. „Das war für mich ein Ansporn. Damals habe ich gedacht: Das ist ja toll. Wir haben ein Instrument, mit dem wir massivst etwas für den Bürger tun können. Dieser Meinung bin ich noch heute. Meine Überzeugung hat sich im Laufe der vielen Jahre sogar noch verstärkt.“

Als Ausschussvorsitzende wirkt Bärbel Wischermann aber nicht nur nach innen, sie wirbt auch nach außen für die Arbeit des Petitionsausschusses. Als das Land Niedersachsen, das bislang keinen Petitionsausschuss hat, sich über die unterschiedlichen Möglichkeiten in den verschiedenen Bundesländern unterrichtete, trug Bärbel Wischermann vor, wie der Petitionsausschuss



Bärbel Wischermann (CDU)

NRW funktioniert. Sie berichtete, wie man durch Ausschluss der Öffentlichkeit dafür gesorgt hat, dass Parteienstreit erfolgreich aus diesem Gremium herausgehalten werden kann, dass die Anhörungen der Petenten dazu führen, Bürgernähe zu erzeugen. Bärbel Wischermann: „Nach der Anhörung in Hannover haben alle gesagt: Das NRW-Konzept hat uns überzeugt. Wir machen es wie die Nordrhein-Westfalen.“

Zur Politik ist die 1944 in Mülheim an der Ruhr geborene Christdemokratin über Mitarbeit im vorparlamentarischen Raum gekommen. Nach Pädagogikstudium und früher Heirat mit einem Diplomkaufmann und der Geburt ihrer Kinder, wurde Bärbel Wischermann Kindergartenvorsitzende, dann Schulpflegschaftsvorsitzende, schließlich trat die CDU an sie heran, ob sie nicht für den Gemeinderat in Bottrop kandidieren wolle, wo sie inzwischen wohnte. 1974 ist sie in die CDU eingetreten. Danach folgten viele Parteiposten, unter anderem war sie 1987–1993 als erste Frau Schatzmeisterin des CDU-Kreisverbands Bottrop und seit 1989 CDU-Ratsmitglied in Bottrop.

Als die CDU-Kreispartei 1989 anfragte, ob sie nicht in den Landtag wolle, erbat sich Bärbel Wischermann Bedenkzeit, stimmte dann zu. Die Wahlnacht brachte eine besondere Aufregung. Die CDU-Frau stand auf Platz 68 der Reserveliste. Die Liste zog bis Platz 67. Doch noch in der Wahlnacht erklärte Spitzenkandidat Norbert Blüm, dass er nicht in Düsseldorf antreten würde; damit war die CDU-Kandidatin Bärbel Wischermann als erste Nachrückerin von Beginn der elften Legislaturperiode im NRW-Landtag. Im Parlament fand die zupackende Christdemokratin schnell ihren Weg. Den Schulausschuss hat sie inzwischen gegen die Grubensicherheit eingetauscht. Im Wahlkreis sorgen zwei Mitarbeiterinnen für kontinuierliche Betreuung der Wählerinnen und Wähler. Offiziell hat Bärbel Wischermann alle zwei Wochen montags Sprechstunde. „Da sich aber herumgesprochen hat, dass ich den Petitionsausschuss leite, kommen Leute auch aus anderen Wahlkreisen, um mir ihre Petitionen zu überreichen.“

Da sich Bärbel Wischermann ganz ihrer Arbeit als Vorsitzende des Petitionsausschusses verschrieben hat, bleibt wenig Freizeit. Die teilt sie mit den erwachsenen Kindern, vor allem aber mit ihrem Mann. Gemeinsam wird dann gewandert, gelesen, dabei klassische Musik gehört oder ins Konzert gegangen. Gerlind Schaidt

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
 Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
 Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon: (02 11) 884 23 03, 884 23 04, 884 25 45 und 884 23 09, FAX 884 30 22
 Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Notker Becker (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
 Herstellung und Versand: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
 ISSN 0934-9154
 Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 3. Februar bis 5. März 2002

- 3.2. **Gisela Walsken** (SPD), 44 J.
- 4.2. **Heinrich Kruse** (CDU), 56 J.
- 4.2. **Reiner Priggen** (GRÜNE), 49 J.
- 5.2. **Inge Lagemann** (SPD), 58 J.
- 10.2. **Peter Biesenbach** (CDU), 54 J.
- 11.2. **Manfred Luckey** (CDU), 53 J.
- 15.2. **Laurenz Meyer** (CDU), 54 J.
- 15.2. **Holger Ellerbrock** (FDP), 54 J.
- 16.2. **Eckhard Uhlenberg** (CDU), 54 J.
- 18.2. **Dr. Robert Orth** (FDP), 34 J.
- 18.2. **Dr. Michael Brinkmeier** (CDU), 34 J.
- 20.2. **Marianne Hürten** (GRÜNE), 49 J.
- 21.2. **Gerda Kieninger** (SPD), 51 J.
- 22.2. **Dorothee Danner** (SPD), 53 J.
- 23.2. **Hans Peter Lindlar** (CDU), 56 J.
- 26.2. **Hans Vorpeil** (SPD), 65 J.
- 26.2. **Peter Eichenseher** (GRÜNE), 48 J.
- 26.2. **Marc Jan Eumann** (SPD), 36 J.
- 27.2. **Marie-Theres Ley** (CDU), 62 J.
- 28.2. **Rolf Seel** (CDU), 49 J.

- 1.3. **Sylvia Löhrmann** (GRÜNE), 45 J.
- 3.3. **Manfred Hemmer** (SPD), 65 J.
- 3.3. **Edith Müller** (GRÜNE), 53 J.
- 3.3. **Rainer Lux** (CDU), 51 J.
- 4.3. **Joachim Schultz-Tornau** (FDP), 59 J.
- 5.3. **Dr. Thomas Rommelspacher** (GRÜNE), 55 J.
- 5.3. **Gisela Hinnemann** (CDU), 53 J.

★

Brigitte Capune-Kitka (FDP) ist aus Vorschlag ihrer Fraktion zur Schriftführerin des Landtags gewählt worden. Sie tritt die Nachfolge ihrer Fraktionskollegin **Dr. Ute Dreckmann** an.

★

Dr. Stefan Romberg (FDP) ist vom Landtag als neues Mitglied des Stiftungsrats der „Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege“ gewählt worden. Stellvertretendes Mitglied im Stiftungsrat wurde seine Fraktionskollegin **Dr. Jana Pawlik**.

★

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 28. Februar 2002 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Die Abgesandten der fünften Jahreszeit haben den Landtag erreicht und dem Präsidenten ihre Aufwartung gemacht. Am Schreibtisch von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (oberes Bild) schwangen die jungen Tollitäten des Ratinger Kinderkarnevals, Maximilian I. und Kimberly I., auf Einladung der beiden örtlichen Landtagsabgeordneten Dr. Wilhelm Droste und Dr. Hans Kraft ihr Zepter. Die Mülheimer Landtagsabgeordnete und Europaministerin Hannelore Kraft hatte zusammen mit Oda-Gerlind Gawlik das Prinzenpaar Thomas I. und Linda II. aus der Ruhrstadt zu Gast (mittleres Bild). Hans Vorpeil schließlich war Gastgeber des Kinderprinzenpaars der Stadt Alsdorf, Marcel I. und Prinzessin Anne, und ihres farbenprächtigen Gefolges (unteres Bild).

Fotos: Schälte

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

